

Bezugspreis: Für den Monat April 1923...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 28. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Hakenkreuzpartei bleibt verboten.

Vorläufige Entscheidung des Staatsgerichtshofes.

Leipzig, 27. April (WZB.) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat beschlossen...

Zunächst ist der Staatsgerichtshof, wie der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. Schmidt, zur Begründung ausführt...

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes, der zu seinem Ergebnis in einer längeren Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit gekommen ist...

Das deutsche Angebot.

Das deutsche Angebot wird den Regierungen der alliierten Länder voraussichtlich schon im Laufe des Dienstag...

Wie behauptet wird, sollen 20 Milliarden Goldmark unter Benennung bestimmter genau bezeichneter Garantien angeboten werden...

Verhandlungen und Widerstand.

Frankreich vor dem deutschen Angebot.

Paris, 27. April. (Gca.) Eine maßgebende politische Persönlichkeit sprach heute mit dem Korrespondenten der Express-Korrespondenz über den angekündigten „neuen Entschluß“ der französischen Regierung...

Die Pariser Stellen, die jetzt schon genau wissen, wie das deutsche Angebot aussehen wird, sind glücklicher als wir. Was uns betrifft, so können wir nur wiederholen...

Geradezu unsinnig ist die Forderung, die deutschen Verordnungen, die den passiven Widerstand im Ruhrgebiet regeln, sollten „suspendiert“ werden.

Was anderes ist es, ob nicht während der Verhandlungen ein gewisser „Waffenstillstand“ im Ruhrgebiet geschlossen werden könnte...

Der Konflikt Poincaré-Millerand

Seit etwa drei Monaten erscheinen im „Figaro“, dem wenig verbreiteten, aber einflussreichen Organ der reaktionären Pariser „Gesellschaft“, sehr häufig geheimnisvolle Dreistern-Artikel...

Nach der Rückkehr Loucheurs aus London änderte sich insofern der Charakter dieser Aufsätze, als nicht mehr England, sondern plötzlich der Präsident der Republik Millerand zum Hauptziel ihrer Angriffe wurde.

Und nun geschah am letzten Montag etwas Sonderbares: Poincaré leitete eine programmatische Rede bei der Eröffnung des Generalrates des Waas-Departements mit folgenden aufsehenerregenden Sätzen ein...

Ihr (nämlich seine engeren Landsleute des Waas-Departements, die ihn seit 36 Jahren stets gewählt haben) habt nie gesehen, daß ich von einer Partei zu anderen überging...

Diese Sätze mußten wie eine Bombe wirken, denn wenn es auch nicht gleich klar war, so fiel doch gegen einen einzelnen oder mehrere richteten, so war das eine sicher, nämlich daß sich unter den Gemeinteten jedenfalls auch der Präsident der Republik Millerand befand.

Wenn man nun nach den Gründen dieses aufsehenerregenden Konflikts sucht, so braucht man nicht unbedingt auf hohe politische Gesichtspunkte zu stoßen.

Nach vor nicht allzu ferner Zeit waren Millerand und Poincaré ziemlich eng befreundet und ein besonderer Gegensatz zwischen ihren inner- und außenpolitischen Auffassungen schien nicht zu bestehen.

schwere Verluste erlitt, zeigte sich beim Comité des Forges plötzlich eine Neigung zur Liquidierung des Unternehmens. Auch Millerand schien diesen Frontwechsel mitzumachen und die Reise Poincaré nach London entsprach dieser neuen Auffassung der Dinge im Elysee.

Darüber ist nun Poincaré außer sich, und, wie man objektiv zugeben muß, nicht ganz zu Unrecht: Erst haben ihn Millerand und die Schwerindustrie gegen seine bessere Ueberzeugung ins Ruhrgebiet geradezu hineingestoßen, jetzt reden ausgerechnet dieselben Leute einer baldigen Liquidierung des Abenteuers durch Annäherung an England und wirtschaftliche Vereinbarungen mit Deutschland das Wort! Millerand hat es dabei um so leichter, als er nach außen hin verfassungsmäßig keine Verantwortung weder für den Beginn noch für das Ende des Unternehmens trägt, während Poincaré vor dem Parlament und dem Lande die ganze Verantwortung trägt. Daher die „Dreißt“-Aussäße im „Figaro“, von denen Poincaré umsonst abgedrückt war, nachdem er jetzt in so effektanter und vorbedachter Weise öffentlich gegen Millerand vorgegangen ist.

Poincaré's Vorstoß ist aber für ihn selbst außerordentlich gefährlich: nicht nur, weil Millerand über einen sehr starken Anhang rechts und links verfügt, sondern auch weil er, Poincaré, eigentlich nirgends unbedingt zuverlässige Freunde, wohl aber überall sehr erbitterte Gegner besitzt.

Noch im vergangenen Winter hat sich Poincaré auf dem Gebiete der inneren Politik der Linken etwas genähert und die Radikalsocialisten glaubten dieses Entgegenkommen mit einer Zustimmung zu seiner auswärtigen Politik quittieren zu müssen.

Diese überflüge Rechnung Herriots hat sich aber als ganz verfehlt erwiesen. Die Entwicklung der Ereignisse hat vielmehr aus Poincaré den Mann der Linken gemacht und damit indirekt eine gewisse Annäherung Millerands an die Linke vorbereitet, während sie im Gegenteil aus Poincaré immer mehr den Mann der Rechten machte. So ist auch die Rede Poincaré's in Bar-le-Duc, die mit jenem Vorstoß gegen Millerand begann, zu einer scharfen programmatischen Kampfanzeige gegen den sich bildenden Linksblock zwischen Socialisten und Radikalsocialisten geworden. Sie ist auf innerpolitischem Gebiet das Reaktionsärzte, was man seit vielen Jahren in Frankreich von Regierungsseite vernommen hat. (Und das will nicht wenig sagen!) Die Gedankengänge über die auswärtige Politik entsprechen ganz den übrigen. Es fragt sich nur, ob Poincaré damit nicht zu früh seine Karten aufgedeckt hat. Einweilen mag die Tatsache der Ruhrbesetzung ihn vor einem Generalangriff seiner verschiedensten Gegner schützen, aber lange wird er dieses parlamentarische Moratorium nicht mehr genießen können, zumal er diesen Generalangriff geradezu provoziert hat.

Man wird wohl einwenden können, daß all das recht kompliziert, kleinlich und, im höheren politischen Sinne, wenig interessant ist. Weider besteht die französische Politik, die heute die ganze Welt beherrscht, zum großen Teil aus solchen Momenten persönlicher Ambitionen, Ränken und Kombinationen. Und es ist für das deutsche Volk im gegenwärtigen Augenblick nicht unwichtig, in diese schmutzige Wäsche etwas hineinzublicken. Denn es ergibt sich daraus, daß Poincaré einen baldigen Erfolg an der Ruhr benötigt, will er sich gegen seine inneren Feinde durchsetzen.

Der lachende Dritte.

London, 27. April. (E.P.) Die „Times“ teilen mit, daß in den ersten drei Monaten dieses Jahres 5563000 Tonnen Kohle nach Frankreich ausgeführt wurden gegenüber 3617000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Nach Italien gingen 2006000 gegenüber 1482000 und nach Deutschland, wie schon mitgeteilt, 3376000 gegen 1072000 Tonnen.

Lenin. Das letzte Krankheitsbulletin meldet das Andauern toxischer Erscheinungen in den Lungen und einen unvoränderlichen Gesamtzustand. Temperatur 37,7. Puls 116. Atmung 24.

Das Gewehr.

Von Erich Grisar.

Jegendswo in einer vergessenen Ecke steht ein Gewehr. Ein wenig rostig zwar vom langen Stehen, aber noch neu, Ungebraucht. Jeden Tag, wenn die Zeitung neue Freies kündigt, den ergebnislosen Soldaten in der Hand des blut- und beutegierigen Militarismus vollbringen, zuckt es in meiner Hand. Ich möchte hunderttausend Gewehre wissen und ebensoviel Hände, die sie nehmen, um die Fremden aus dem Lande zu jagen. Eine Kugel ihnen allen durch den Kopf, die Heim und Herd unserer Brüder zu hören kamen. Stärker und stärker wird dies Gefühl in mir, daß ich mich nicht mehr vor ihm retten kann. Ich renne fort und hole das vergessene Gewehr. Lieblose es wie eine liebe lang vergessene Braut. Ruhe es, bis es blüht!

Da geht ein Ruck durch meinen jungen Körper. Wie ein Kommando. Stille! Freilich, das Bein, das mich in die Planken zerstoßt, will nicht mehr so recht, aber was macht das in dieser Stunde? Ob wohl der Griff noch klappt, denkt es in mir.

Ob — wohl — der — Griff — noch — klappt? 1, 2, 3 und 4. Er klappt. Im Ru bin ich wieder im eifrigsten Leben und sehe im Geiste den Unteroffizier, der ihn mir beigebracht. Sehe kampfende Kranke, stuchende Soldaten, die Tage, Wochen, Monate, jahrelang denselben Griff üben.

Leben und üben. Und plötzlich kommt mir die ganze Wäckerlichkeit meiner Tage zum Bewußtsein. Der ganze militärische Unsin, dessen einziger Sinn war, seinen Opfern das Denken abzugewöhnen. Das Denken daran, daß sie Menschen sind mit einem Bewußtseinzentrum, das unabhängig von dem Willen der Außenwelt eine Einstellung zu den Dingen zu gewinnen vermag. Aber einmal, da dachte ich wieder. Und sah die zehn Millionen Menschen, die ein Gewehr in der Hand hielten, blüht! bis dieses hier oder da an einer Kanone standen, als ein Schuß aus einem Gewehr wie des meine, oder einer brillierenden Kanone ihrem Leben ein Ende machte. „Grüß mein Kind... keinen Vater mehr. Grüß die Mutter, ihr Sohn ist tot.“

Und wir dachten an die Millionen, die in der Heimat darauf warteten, uns in unsern Lehmlöchern abzulösen, wenn wir uns blutend im Grabe streckten.

Da lagen wir auf den Krieg und den Willen zum Siege. Worten die Gewehre fort und brachen auf. Der Heimat zu. Gingen wieder an unsere Arbeit. Wachte doch schlafen, wer Lust hat. Die Offiziere gingen uns dumm an. Dann gingen sie mit, und aus manchem ist ein tüchtiger Kerl geworden, der arbeiter lernte, statt kornmandieren.

Und nun? Nun blüht mich dieses verdammte Gewehr, das irgendein Heimkehrer der keine Lust mehr hatte es weiter zu schleppen, so blüht an, daß ich selbst ganz blühtinnige Gedanken kriege wie: Ob wohl der Griff noch klappt? Zum Donnerweiter, nein. Er soll nicht mehr klappen! Der deutsche Unteroffizier ist tot. Soll tot sein. Niemand soll mehr Freude daran finden, Menschen zu Maschinen zu machen, die nicht weiter denken, als daß man die Hand erst dann vom Schlosse nehmen darf, wenn auf ein langgezogenes „h—ä—ä—ä—d—“, ein kurzes „weg“ gefolgt ist.

Die neue Schupo-Note.

Die von Poincaré in seiner Sonntagsrede angekündigte Note der Boissastertkonferenz gegen die Schuppelizei liegt jetzt hier vor. Es handelt sich um die Beantwortung eines Schreibens der Reichsregierung vom 10. Dezember v. J., das selbst eine Antwort auf eine Kollektivenote der Entente vom 29. September v. J. bildete, in der fünf Forderungen über den Charakter und die Organisation der Schuppelizei aufgestellt worden waren.

Diese neue Note ist in scharfem Ton gehalten und stellt einen völlig negativen Bescheid dar. In einer Anlage werden die Forderungen in vier Punkte zusammengefaßt und wiederholt:

1. Die Organisation der Polizei in Gruppierungen militärischer Natur hört auf.
2. Die militärische Einstellung der Polizei ver-schwindet.
3. Der Unterricht der Polizeibeamten hört auf, ein militärischer Gesamtunterricht zu sein.
4. Ein Statut, das aus dem Personal der Polizei ein wirkliches Beamtenpersonal macht, tritt an die Stelle des jetzigen Statuts, auf Grund dessen zwischen dem Stand eines Polizeibeamten in der Schuppelizei und demjenigen eines Angehörigen der Reichswehr kein realer Unterschied besteht.

Alle diese Maßnahmen wären nach Gutheißen durch die Kontrollkommission zu treffen.

Es handelt sich also lediglich um die Erledigung einer alten Angelegenheit, die Poincaré in seiner Rede abschließend aufgebauscht hatte, als würden im Zusammenhang mit dem Ruhrunternehmen weiß Gott welche neuen gravierenden Momente gegen die Schupo entdeckt worden sein. Diese Erledigung ist allerdings leider für die deutschen Interessen gänzlich negativ und verkennt, auch nach unserer Ueberzeugung, die wahre Sachlage vollständig. Sie ist nur ein neuer Schlag gegen die in fast allen deutschen Ländern einzige zuverlässige republikanische Schutztruppe. Diese von Poincaré unterschriebene Antwort der Boissastertkonferenz ist nur ein neues Glied in der langen Kette der Ententemaßnahmen zur Untergrabung der staatlichen Autorität in der deutschen Republik. Außer dem Hauptziel der fortgesetzten Schikanierung Deutschlands ist bei dieser Entscheidung wohl auch der Neben Zweck ausschlaggebend gewesen, den längst überfällig gemordeten, Willkür verhängenden Kontrollkommissionen des General Rollet neue „Arbeit“ zu verschaffen.

Diese Note ist aber auch unter einem anderen Gesichtspunkt bemerkenswert. Sie beweist nämlich, wie sehr England sich im Schlepptau der französischen Politik befindet, so daß die englische Regierung überhaupt nicht mehr weiß, was vorgeht und welche internationalen Schritte angeht auch in ihrem Namen unternommen werden. Wir berichteten nämlich in der gestrigen Morgenausgabe über ein Frage- und Antwortspiel im Unterhaus zwischen dem Arbeiterpartei-Mitglied Wedgwood Benn und dem Unterstaatssekretär im Kriegsamt Guiney über diese von Poincaré angekündigte Schupo-Note. Wedgwood Benn stellte den Widerspruch fest zwischen der jüngsten Erklärung der britischen Regierung, wonach die Entwaffnung Deutschlands befriedigend durchgeführt sei, und der Uebermittlung neuer Entwaffnungsforderungen. Dreimal zeigte Guiney in seinen Antworten deutlich, daß er keine Ahnung von dem Inhalt der Note hatte, die auch im Auftrage seiner Regierung an Deutschland geschickt worden war. Einmal sprach er von „gewissen Tatsachen, die anscheinend ans Licht gekommen“ seien, ein anderes Mal von „einzelnen Beschwerden, die anscheinend vorgebracht“ worden seien. Deutlich stellt sich aber heraus, daß es sich bei dieser Note keineswegs um die Vorbereitung neuer Tatsachen und Beschwerden, sondern um eine uralte noch schwebende Angelegenheit handelt!

Der Herr Unterstaatssekretär des englischen Kriegsamts ist offenbar durch die Hof- und sonstigen Festlichkeiten anlässlich der Hochzeit im Königshaus viel zu sehr in Anspruch genommen, als daß er sich mit solchen Kleinigkeiten abgeben könne. Aber dann soll England wenigstens offen erklären, daß es die Führung der internationalen Politik restlos Poincaré abgetreten hat, daß sein Vertreter in der Pariser Boissastertkonferenz nur noch eine Statistenrolle spielt und daß die Regierung seiner britischen Majestät nur noch eine uninteressierte Registriermaschine geworden ist für alle französischen Rechtsbrüche.

Aber die Franzosen und die Schwarzen, die auf deutschem Boden stehen? Mögen sie Griffe klappen, bis sie Gehirnerschütterung kriegen. Auch sie haben Frau und Kinder, und keinen Grund, erst durch die Hölle zu gehen, ehe sie zurück zu ihnen kommen. Wir machen nicht mehr mit.

Den Wörder strahlte die Weltgeschichte. Und ich nehme das blühende, funkelnde Gewehr, das mir eben noch den Weg zur Freiheit bahnen sollte, fasse es am Lauf und zerquetschere es am Boden.

Die Zukunft des Schiller-Theaters.

Das Schiller-Theater soll in finanzielle Schwierigkeiten geraten sein, so daß der Aufsichtsrat sich nach Hilfe umsehen zu müssen glaubt. Das Ergebnis der Sanierungsmaßnahmen ist der Plan, das Schiller-Theater an das Staatstheater anzuschließen. Dabei wird aber das Personal des Schiller-Theaters zum größten Teil nicht mit übernommen, weil das Staatstheater mit seinem eigenen Personal auch für die Bühne des Schiller-Theaters auszukommen hofft. Nur der Direktor Patzegg und einige andere Angestellte des Schiller-Theaters (Sekretär, Dramaturg, auch ein paar Darsteller) sollen vor dem Schicksal, auf die Straße gesetzt zu werden, bewahrt bleiben.

Gegen die drohende Gefahr der Brotlosmachung will das Personal sich kräftig zur Wehr setzen. In einer für die Mitglieder des Schiller-Theaters einberufenen Versammlung, die gestern stattfand, wurde die Angelegenheit erörtert. Der Obmann Körner vom Bezirksverband Groß-Berlin der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger richtete in seinem Referat scharfe Angriffe gegen Direktor Patzegg, der eine rettende Stellung im Dienste des Staatstheaters suche, während die wirtschaftliche und künstlerische Existenz des Personals vernichtet werde. Als die „Volksbühne“ sich um die Uebernahme des Schiller-Theaters bewarb (sie wollte auch das Personal, aber mit Ausschluß des Direktors Patzegg, übernehmen), soll ihr geantwortet worden sein, das Schiller-Theater werde als besonderes Unternehmen weiterbestehen. Am 10. April habe Patzegg dem Personal, das durch Nachrichten über die mit dem Staatstheater geführten Verhandlungen beunruhigt war, durch Anschlag bekanntgegeben, es sei über die Zukunft des Schiller-Theaters noch keine definitive Entscheidung getroffen. Schon vier Tage nachher, am 14. April, habe im Landtag der Staatssekretär Beder über den vor dem Abschluß stehenden Vertrag mit dem Schiller-Theater berichtet können. Den Abschluß zu vollziehen, sei — erklärte Körner unter Zustimmung und Beifall — Sache nicht des Aufsichtsrats, sondern der Generalversammlung. Der Redner kritisierte schonungslos auch die Direktionsführung Patzegg's, dessen Erkennung durch einen verwaltertechnisch und künstlerisch leistungsfähigeren Leiter er als bestes Mittel zur Sanierung des Schiller-Theaters empfiehlt. Ebenso scharf äußerte sich Beder gegen ein anwesender Vertreter des Präsidiums der Bühnengegenossenschaft, der stellvertretende Vorsitzende Otto. Ein Mitglied des Schiller-Theaters bestritt, daß die finanzielle Lage ungünstig sei. Der ungewöhnlich reiche Fundus des Theaters habe jetzt einen Wert, der in die Milliarden geht. Auch

Fechenbach-Prozeß und Reichstag.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Im Herbst des vergangenen Jahres hat der Auswärtige Ausschuh des Reichstages beschlossen, die Feststellungen, auf die das Münchener Volksgericht sein drakonisches Urteil in dem Prozeß Fechenbach begründet hatte, einer Nachprüfung zu unterziehen. Es war ein Untersuchungsausschuh eingesetzt worden, der sich das gesamte Prozeßmaterial verschaffte. Der Untersuchungsausschuh hat vor der Osterpause des Reichstages eine Reihe von Sitzungen abgehalten. Seit dieser Zeit hat man jedoch weder von seiner Tätigkeit noch davon etwas gehört, daß er dem Auswärtigen Ausschuh selbst ein Gutachten erstattet hätte. Wenn er seine Arbeiten beendigt hätte, müßte ja doch wohl der Auswärtige Ausschuh noch zu seinem Ergebnis Stellung nehmen. Es wäre gut, wenn die Öffentlichkeit über den Stand der Dinge aufgeklärt würde, damit nicht der Verdacht Nahrung erhält, als ob hier von irgendeiner Seite eine Verschleppung beabsichtigt sei. Seit dem Herbst des letzten Jahres liegt dem Reichstag ja auch eine Interpellation der Sozialdemokraten vor, die sich mit demselben Gegenstand beschäftigt und die schließlich einmal im Reichstag besprochen werden muß.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat recht. Der Untersuchungsausschuh des Auswärtigen Ausschusses hat seine Arbeit abgeschlossen und dem Auswärtigen Ausschuh schriftlichen Bericht erstattet. Eine Sitzung zur Besprechung dieses Berichts ist jedoch bedauerlicherweise bisher noch nicht festgesetzt worden. Die sozialdemokratische Fraktion hat den dringenden Wunsch, daß diese Besprechung sobald wie möglich erfolgt und damit die Bahn zur Beratung ihrer Interpellation im Reichstag freigemacht wird.

Zum Fall Dehme.

Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Paul Levi, der Verteidiger des verhafteten Journalisten Walter Dehme, sendet uns folgende Zuschrift:

Durch die Presse ward gestern eine Nachricht verbreitet, nach der in der Strafsache gegen Walter Dehme erhebliche Schwierigkeiten eingetreten seien, einmal durch die Zeugnisverweigerung kommunistischer Abgeordneter und Redakteure, dann durch die Tatsache, daß ausländische Journalisten nicht zwangsweise vor Gericht gestellt werden können. Es sei aber, so hört jene Nachrichtenstelle offenbar von amtlicher Seite, mit der Durchführung des Prozesses „im Laufe des Sommers“ zu rechnen.

Im Interesse des von mir verteidigten Herrn Dehme erlaube ich mir, folgende Feststellungen zu treffen:

1. Das gesamte, diesem Landesverratsprozeß zu Grunde liegende Material ist von Herrn Dehme vom ersten Augenblick freiwillig und in vollem Umfange dem Oberreichsanwalt zur Verfügung gestellt worden.

2. Die Reichsanwaltschaft, die auf Grund dieses Materials die Festnahme anordnete und dann die Verhaftung beantragte, hat das Verfahren zunächst im Stadium der Ermittlung vier Wochen lang gehalten und erst am letzten Tag der vierwöchigen Haftfrist die Voruntersuchung beantragt, obgleich, wenn sie überhaupt daran dachte, Anklage zu erheben, die Notwendigkeit der Voruntersuchung vom ersten Tage an feststand.

3. Obgleich Herr Dehme vom ersten Tage an freiwillig das gesamte Aktenmaterial zur Verfügung gestellt hat, obgleich er selbst um Herbeiführung eines Verfahrens beim Reichsgericht gebeten, obgleich er nach der ersten Hausdurchsuchung mit Wissen der Polizeibehörde ins besetzte Gebiet gereist und von dort unbedenklich zurückgekehrt ist, obgleich er eine für seine Verhältnisse hohe Kaution zu stellen bereit ist, obgleich es sich in der ganzen Sache zum mindesten um einen höchst strittigen „Grenzfall“ handelt, obgleich seine Verteidigung, die sich auf ein umfangreiches Zeitungsmaterial stützen muß, aufs schwerste beeinträchtigt wird, lehnt die Reichsanwaltschaft die Haftentlassung ab.

4. Nach der tatsächlichen Seite ist der Fall Dehme klar gestellt. Die Entscheidung, die fallen muß, ist eine rechtliche und implizite, eine politische. Der Angeklagte kann verlangen, daß wenn er schon einmal zum Verurteilten gemacht wird für Experimente, die das journalistische und politische Gesamtinteresse aufs tiefste berühren, die Zeit des Laborierens auf ein Minimum eingeschränkt werde.

Dr. Paul Levi, Rechtsanwalt.

Aktionäre waren vertreten, und einer von ihnen stimmte sehr entschieden in das Urteil ein, daß Direktor Patzegg das Schiller-Theater heruntergewirtschaftet habe. Obmann Körner schloß mit der Ankündigung, daß die Bühnengenossenschaft nötigenfalls über das Schiller-Theater die Sperre verhängen werde, um die bedrohten Interessen der Mitglieder zu schützen. Einmütig wurde eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt:

„Die im Hause der Bühnengenossenschaft abgehaltene Versammlung von Aktionären, Abonnenten und engagierten Mitgliedern des Schiller-Theaters erheben Protest gegen die beachtliche Auflösung der selbständigen Existenz des Schiller-Theaters und Uebernahme des vollständigen Unternehmens in eine Filiale des Staatstheaters. Die Versammlung erwartet von der Stadt Charlottenburg, als Eigentümerin und überwachende Instanz dieses Unternehmens, die genaueste Nachprüfung der Beschlässe des Aufsichtsrats, damit das Schiller-Theater auch weiter als selbständiges und vollständiges Kunstinstitut erhalten bleibt. Die Versammlung bringt zum Ausdruck, daß nur ein Wechsel in der Leitung des Theaters, nicht aber ein Verzicht auf die Selbstständigkeit des Theaterunternehmens notwendig ist, um diese in hervorragender Gegend Berlins gelegene, mit allen neuzeitlichen Errungenschaften ausgestattete Bühne im Sinne ihres Gründers, Dr. Raffael Löwenfeld, der Allgemeinheit zu bewahren. Dem preussischen Kultusministerium erwartet die Versammlung, daß es gleichfalls den sozialen Wünschen der Schauspieler, den Wünschen des alten Stammes der Schiller-Theater-Besucher, sowie den allgemeinen Berliner Kunstinteressen Rechnung trägt.“

Deutsche Shakespeare-Gesellschaft. Am Geburtstage Shakespeares, den 23. April, hielt wie alljährig die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft ihre aus allen Teilen Deutschlands besuchte Jahresversammlung in Weimar ab. Bei dem Begrüßungsabend im Künstlerheim sprach Rudolph Riech vom Deutschen Nationaltheater die viel zu wenig in Deutschland gekannten Sonette Shakespeares in Uebersetzungen von Uebersetzer, Stefan George, Ludwig Fulda. Am eigentlichen Verhandlungstage bildete ein Vortrag Heinrich Villenfelts über „Shakespeares dichterische Phantasie“ den Mittelpunkt. Es ist wohl kaum, einen Dichter über den Dichter sprechen zu hören, nicht einen Kestheten, wie es meist geschieht. Die Einführung ist da eine ganz andere. Das Umpfunden der Shakespeare'schen Phantasie wies er nach an einer großen Reihe feinsinnig gewählter Stellen aus Shakespeares Dramen, die Natur und Mensch in allen Abwandlungen von Hellern zum Ersten, zum Guten zum Bösen erfassen. Neuartig waren die Ausführungen über „motorische Sinnlichkeit“, als eine Phantasie, die vornehmlich den Schauspieler charakterisiert, die Shakespeare wohl in so hohem Maße besaß, weil er selbst Schauspieler war. Er schaffte aus dem Urgrund des Unbewußten, zu dem sich tiefste Befonnenheit des Könnenden gefellte. Sein Humor, der über den Dingen stand, war Selbstbefreiung vom Uebermaß der Phantasie.

Aus den geschäftlichen Verhandlungen sei hervorgehoben, daß die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft eine größere Zahl ausländischer Mitglieder besitzt, für welche der Jahresbeitrag

Ruhrkampf und Interessenpolitik.

Die Treiber gegen die Außenhandelskontrolle.

Mit großem Geschick hat die Industrie den Ruhrkampf dazu benutzt, um ihre eigenen Interessen wahrzunehmen. Das war nicht nur am Devisenmarkt der Fall, wo die Reichsbank selbst umfangreiche Hamsterkäufe an fremden Zahlungsmitteln feststellte, auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik verstand man es, die Situation auszunutzen. Nachdem die Mark zeitweilig stabilisiert war, setzte ein heftiger Kampf der Interessenten gegen die Außenhandelskontrolle und insbesondere gegen die Ausfuhrabgaben ein. Die letztere Forderung schien berechtigt, solange infolge des Dollarkrises von 20.000 auf vielen Gebieten die Weltmarktpreise erreicht und überschritten waren. Inzwischen ist der Dollar wieder in die Höhe gegangen. Die Ausfuhrabgaben aber sind wesentlich abgebaut und keine Regierung denkt daran, die mit dem Marksturz gestiegenen Exportgewinne nun wieder durch eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben zu erfassen, obwohl die Sozialdemokratie diese Forderung im Reichstag ausdrücklich erhoben hat.

Mit weichen Mitteln die Interessenten im Kampf gegen die Ausfuhrabgaben vorgehen, dafür sind die Vorgänge bezeichnend, die in den kritischen Tagen in der Außenhandelsstelle für die Kautschukindustrie sich abspielten. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte ein Rundschreiben, aus dem hervorgeht, daß der Leiter dieser Außenhandelsstelle, Herr Lindemann, der bezeichnenderweise zugleich Geschäftsführer des Zentralverbandes der Deutschen Kautschukindustrie E. V. ist, die diesem Verein angeschlossenen Firmen direkt gewarnt hat, Ausfuhranträge zu stellen, da die Ausfuhrabgabe demnächst abgeschafft werden würde.

Das „B. L.“ bemerkt zutreffend hierzu:

Die deutsche Industrie klagt über Exportunfähigkeit und verweist zum Beweise auf die Ausfuhrziffern. Der eben geschilderte Vorgang aber zeigt, daß die Ausfuhr dadurch behindert wird, daß der Reichskommissar der Außenhandelsstelle den Industriellen durch „vertrauliche“ Rundschreiben außergewöhnliche Gewinne in Aussicht stellt.

Die Sache hat aber auch noch eine andere Seite. Ebenso wie Herr Lindemann werden auch andere Interessenten in Erwartung des Abbaues der Ausfuhrabgabe, der schon seit Wochen angekündigt war, auf die Zurückhaltung der Exportanträge hingewirkt haben. Dadurch mußte die Devisenknappheit, die sich in der letzten Zeit geltend machte, verschärft werden, denn ohne Warenausfuhr kommen keine oder nur wenig Zahlungsmittel nach Deutschland herein.

Inzwischen sind die Gründe für die Ermäßigung der Exportabgabe weggefallen; die Regierungsbureaukratie aber arbeitet genau so weiter, als ob nichts geschehen wäre, und es ist noch kein Ersatz erschienen, der die durch die Ereignisse überholten Maßnahmen rückgängig gemacht hätte. Unter dem Schutze eines schwerindustriellen Reichswirtschaftsministers benutzt man zwar den Ruhrkampf zum Abbau der verhassten Außenhandelsabgaben, die gemeinwirtschaftlichen Notwendigkeiten jedoch werden vernachlässigt.

Ruhrkredite zur Warenspekulation.

Bei einem früheren Anlaß wurde festgestellt, daß die Regierung der Reichsbank durch ihre weitherzige Kreditpolitik gegenüber der Ruhrindustrie es den wesentlichen Industriefirmen ermöglicht hat, Devisen zu kaufen. Diese ehrenwerten Patrioten benutzten die zur Aufrechterhaltung der Produktion gegebenen Kredite zur Devisenspekulation. Jetzt stellt sich heraus, daß eine Reihe von rheinischen Häuten, u. a. Höfch, Dortmund, Union und der Mannesmannkonzern Schrott in großen Mengen aufkaufen und im unbefestigten Gebiet lagern. Dadurch wurden die Schrottpreise über die durch die Devisenkurstreiderei gebotene Grenze hinausgetrieben. Die Schwerindustrie, die damit ihren eigenen Rohstoff verteuert, schafft sich damit einen glänzenden Vorwand,

fünftig 6 Schweizer Frank betragen soll. Durch den nicht hohen Sach hofft man, die internationalen Beziehungen zu fördern.

Den Abschluß sollte eine Darstellung des „Macbeth“ im Deutschen Nationaltheater in der Uebersetzung von Hans Rothe bilden. Das wäre interessant gewesen, denn Rothe versucht eine ganz moderne Zeitausdruck angepaßte Wiedergabe zu finden. Im Zusammenhang mit dem Leipziger Sievers hat er z. B. auf phonetischer Grundlage versucht, Feststellungen zu treffen über Echtheit und Unechtheit der unter dem Namen Shakespears vorliegenden Bühnenwerke. Selber machten unerfreuliche Zwischenfälle die Vorstellung unmöglich. Man gab statt dessen — Verdis „Otello“. Wenn Shakespeare das im Jenkeits gemahnt, so wird kein festhafter Humor ja wohl darüber stehen. Im übrigen ist zu hoffen, daß dies Beispiel nicht Schule macht. Sonst gibt man vielleicht bei Schillerfeiern künftig Rossini „Tell“ und für die Goethe-Tagung „Soundos“ „Margarethe“, bei der der berühmte Walzer besonders erfreulich wirken dürfte.

Russische Bauern suchen das Paradies. Daß das religiöse Leben in Rußland trotz aller Unterdrückungen durch die Sowjetregierung sich nicht erlösen läßt, sondern die merkwürdigsten Blüten treibt, geht aus den Berichten russischer Blätter hervor, die im „Manchester Guardian“ weitergegeben werden. So wird aus der Kofakenprovinz von Kozlow am Don das Auftreten einer heiligen Erscheinung gemeldet. Da erkläre in den Dörfern in diesem Winter ein Mann, der sich Jesus Christus nannte, nur mit einem Hemde bekleidet, barfuß durch den Schnee wanderte und überall predigte. Er fand eine große Anzahl Anhänger, die ihm folgten und für ihn forschten. Als die Bewegung immer größere Formen annahm, wurde er von den Bolschewisten verhaftet, und es stellte sich heraus, daß es ein Kofak namens Antonow war, ein früherer Soldat der Weißen Armee. Die „Arbeiter-Nachrichten“, eine russische Proletariatzeitung, erzählt, daß die Bolschewisten in einer Versammlung die Bauern davon zu überzeugen suchten, daß es keinen Gott und kein Paradies gebe. Darauf erklärte Stephan Kozpakow aus dem Dorfe Nowaja Witschuga für die andern verarmtesten Bauern: „Wir glauben nicht an euer wissenschaftliches Gerede; wir haben Vorbereitungen getroffen, um eine Schar von Gläubigen im Frühling nach den Ufern des Euphrat und Tigris zu senden, damit diese sich dort vergewissern, daß das Paradies noch vorhanden ist“. Manchmal machen sich die Sowjetleute die von ihnen verfolgte Religion zunutze, wenn es ihren Zwecken entspricht. So hat z. B. das bolschewistische „Kornschindli“ in der Provinz Tumen an die Bauern Heiligenbilder verkauft, um sie dadurch zur Hergabe des Kornes zu bewegen. Eine Christusfigur wird für 5 Rubel von 1923, und eine Figur des heiligen Nikoiaus für 12 Rubel angesetzt. Die „Brawda“ spottet über diese Rückkehr der Kommunisten zu den Kniffen der früheren Popen.

Zu Ehren von Arno Holz veranstaltet das Bezirksamt Schönteberg am 2. Mai, abends 8 Uhr, im Bürgerhalle des neuen Rathauses in Schönteberg, unter Mitwirkung von G. H. Seher (Regitator), Hanna Schroem (Sopran), Augusta Hartmann (Soubrette), Hanna (Mezzosopran), Georg Glöckner (Komponist) und Dr. Fischer (Literarischer Vortrag) einen Vortragsabend.

Vorträge. Rudolf von Laban, der bekannte Tanzpädagog, spricht Sonntag 1/2 Uhr abends 8 Uhr geladenem Publikum über neuen Tanz (mit Demonstrationen).

um nun auch ihre Abschafpreise erhöhen zu können. Es ist aber bezeichnend, daß man in der größten Not des Volkes nicht darauf zurückgeht, Reichskredite zu spekulativen Wachsenschaften zu verwenden. Das ist ein Grund mehr, um auf das entschiedenste die Verschärfung der Kreditbedingungen der Reichsbank und insbesondere eine scharfe Heraushebung des Reichsbankdiskontes zu fordern, nachdem auch der jetzige Zinssatz den wenigen Firmen, die Reichsbankkredit beziehen, immer noch einen großen Vorteil gewährt vor den anderen, die auf die Wucherzinsen und Provisionen der Privatbanken angewiesen sind.

Neue Zwischenfälle im Ruhrgebiet.

Attentat auf belgische Soldaten.

Münster, 27. April. (Fig. Drahtbericht.) In Dortmund wurde das Warenhaus Althoff von den Franzosen geschlossen und vier Geschäftsführer festgenommen.

Die von den Franzosen in Betrieb gehaltene Südstrecke ist zwischen Herdecke und Bommern an einigen Stellen von Attentätern gesprengt worden. Ein weiterer Anschlag ist gegen das Anschlaggleis der Zeche Walsrop verübt worden.

Am Uebergang über die Lippe zwischen Wesel und Friedrichsfeld sind in der Nacht vom 25. zum 26. zwei belgische Soldaten von unbekannten Tätern durch Schüsse schwer verletzt worden; einer ist seinen Verletzungen erlegen. Aus Anlaß dieses Attentates sind der Landrat Fluchtmann, Dinslaken und der Bürgermeister von Herde festgenommen worden. Ueber den Kreis Herde ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden; von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh ist der Verkehr untersagt.

Zwei Brücken in die Luft gesprengt.

Witten, 27. April. (W.B.) An der militärisierten Strecke Haltingen—Borhalle wurden heute vormittag von unbekannten Tätern zwei große Brücken in die Luft gesprengt. Die schweren Detonationen waren bis nach Witten hörbar. Ueber den Umfang der angerichteten Zerstörung konnte noch nichts Näheres festgestellt werden.

Die französische Taktik.

London, 27. April. (E.P.) Der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet, daß man in offiziellen Kreisen Frankreichs den Eindruck gewinnt, als ob es der französischen Regierung mit Unterhandlungen in der Reparationsfrage nicht eilig sei. Man halte auch nichts davon, eine optimistische Stimmung im Publikum hervorzurufen, da diese sonst leicht umgewandelt werden könnte und es nachher schwer halten würde, nötigenfalls wieder Begeisterung zu erreichen. Man bemühe sich darum im Gegenteil, nicht den Glauben an eine unmittelbar bevorstehende Regelung zu erwecken, sondern suche der zu großen Zuversicht einen Dämpfer aufzusetzen. Dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ zufolge wird Poincaré einen solchen Vorschlag glatt ablehnen, nach dem die Reparationssumme von einer internationalen Sachverständigenkommission festgesetzt werden soll.

Ententekolonie Ruhrgebiet!

Paris, 27. April. (W.B.) Die Rheinlandkommission hat beschlossen, den Eintritt vom unbefestigten in das besetzte Gebiet nur gegen einen von den Alliierten ausgestellten Reisepaß zu gestatten. Diese Maßnahme wird von Montag an durchgeführt werden.

Trierer Eindrücke eines Engländer.

Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt aus Trier:

Es würde sehr gut sein, wenn einige von den Leuten, die so leichtfertig über die Schaffung einer Rheinischen Republik reden, nach Trier reisen müßten. Ebenso wie seine Nachbarstädte, ist Trier seit drei Monaten seiner Bahnverbindungen beraubt. Ich weiß nicht, wie viele Züge nach französischen Angaben täglich durch Trier laufen sollen, aber der würde ein tüchtiger Mann sein, der sich darauf verlassen würde, daß er unter dem französischen Betrieb innerhalb zwölf Stunden an einen festgelegten Zeitpunkt seinen Bestimmungsort erreichen könnte. Für praktische Zwecke ist Trier hinsichtlich seiner Verbindungen mit der Außenwelt ausschließlich auf einen spärlichen Motoromnibusdienst und auf einige Privatmotortaxiwagen angewiesen. (Inzwischen ist der Autoverkehr mit dem unbefestigten Gebiet auch schon verboten.) Redaktion.) Jedes Hotel ohne Ausnahme ist von den Franzosen beschlagnahmt, um darin ihre Offiziere und Beamten mit Familie usw. unterzubringen. Lange ehe er ein Zimmer gefunden hat, wird der Reisende in den Straßen beobachtet haben Scharen von

Gentlemen, angehen mit prächtigen, barbausch roten Mänteln und Turbanen,

mit Gesichtern vom Bernsteingold bis zum Schokoladenbraun, deren Gaumenlaute das Ohr verlegen, wenn sie sich gegenseitig anschreien. Man reißt sich ungläubig die Augen! Ist Wien (1829 oder 1863. Red.) in die Hände der Ungläubigen gefallen? Hat sich der Traum Mohammeds erfüllt, daß hier, an einer der geblühenden Stätten Europas, wo eines der größten Heiligentümer der Christenheit aufbewahrt wird, Moslems durch die Straßen stolzieren und die Bewohner mit herrlicher Gebärde belächeln? Aber das sind die französischen Truppen (nicht schwarze, wie der „Rain“ uns so oft in Erinnerung bringt, sondern nur etwas sonnebräunte). Der Reisende wird dann entdecken, daß jeder Mann auf der Straße oder im Caféhaus, ja selbst in seinem eigenen Hause, der ihm über die politische Lage ein Wort zu sagen hat, sich zuerst wie ein Verfolger in einem Kinostück umsehen wird. Er fürchtet in allem Ernst, daß seine Unvorsichtigkeit ihm das Schicksal seines Bruders, Sohnes oder Vaters bereiten könne, daß man ihn humorlos auf Monate zu Gefängnis und unerträglich schweren Geldstrafen für ein gelegentliches Wort verurteilen könnte, das von einem französischen Spion gehört worden ist. Jedermann in Trier kann von einem nahen Verwandten oder Freund berichten, der für nichtige oder nicht vorhandene Vergehen zu schmählischen Strafen verurteilt

wurde. Gerechtigkeit hat hier ungefähr die gleiche Bedeutung wie im Rom Nero oder in Robespierres Frankreich. Die Erde von hundert deutschen Zeugen werden nicht einen Augenblick ins Gewicht fallen gegenüber den in gebrochenem Französisch gemachten Angaben eines Spähi.

In Trier ist jede Unterhaltung eine große Verschönerung gegen den eisernen Druck der Besetzung, und die Furcht, nicht so sehr um das eigene Schicksal, sondern um das von Weib und Kindern, steht klar im Gesicht jedes Mannes geschrieben, der seine wahre Meinung äußert. Die ganze Stadt ist mit Plakaten verplakatiert, auf die inoffiziell achtet: Aufforderungen an die Rheinländer, sich von der Berliner Regierung loszusagen, die sie in eine so traurige Lage gebracht habe, und sich ihre eigene Verwaltung, unter dem freundlichen Schutz der Besetzungsmächte, zu schaffen. Laufende Flugblätter der Propaganda für die Rheinische Republik werden täglich durch die Post und auf jedem denkbaren anderen Wege verteilt. Natürlich ist es ein Verbrechen, anzudeuten, daß dies von irgend jemand anderem als einer schwachen Vereinigung mit schäblichem Bureau in Köln (also im englischen Bereich. Red.) finanziert werde. Flugblätter oder Plakate, die sich gegen die Rheinische Republik erklären, werden nie verteilt oder angehängt. Das würde Menschen ins Gefängnis

bringen. Während meines Aufenthalts in Trier war nur eine kleine Sozialzeitung zu haben, politisch vollkommen farblos. Die Zeitungskasse nehmen sich gar nicht die Mühe zu öffnen.

Alle Berliner Zeitungen sind verboten, ebenso alle Lokalblätter von irgendwelcher Bedeutung.

Die „Landeszeitung“ war während meiner Anwesenheit für drei Monate verboten, weil sie die Nachricht gebracht hatte, daß ein Deutscher, der sich bereit erklärt hatte, für die Franzosen als Eisenbahner zu arbeiten, aus dem deutschen Dienst entlassen worden war.

Der Reisende, der von der verhängnisvollen Wohnungsnot gequält hat, die durch den gemaltigen Einfall französischer Herren und Damen hervorgerufen wurde, welche auf alle Wohnungen ein Vorkrecht besitzen, wird sich vielleicht wundern, wenn er große Blödschöne Häuser vollkommen leer sieht. Man wird ihm (selbstverständlich im Flüsterton) erzählen, daß dies die Häuser jener Eisenbahner sind, aus denen diese vor zehn Tagen verjagt wurden, weil sie sich geweigert hatten, für die französische Eisenbahnregie zu arbeiten. Diese Häuser sind nicht Staatsbesitz, sondern Privatbesitz, erbaut mit staatlicher Hilfe. Die Eisenbahner wurden vertrieben, nachdem man ihnen 24 Stunden Zeit gegeben hatte,

vertrieben von farbigen Boiuis mit aufgepflanzten Seitengewehren. Keinerlei Widerungen wurden Mütter im Kindsbett oder sonstigen kranken Personen gewährt. Die Ausgetriebenen wohnen nun in Kellern oder Dachkammern, oft drei Personen teilen ein Bett und sieben einen Raum, während ihre eigenen Häuser leer bleiben, außer zwei, die in Ställe umgewandelt wurden. Die Habe der Leute ist in Bündeln über die ganze Stadt verstreut. Vieles, was ihnen über alles teuer war, ist in der Panik der Räumung unter den drohenden Bajonetten in Stücke gegangen. Viele hatten Geflügel und Haustiere, die natürlich verschunden sind oder für ein Nichts verschleudert werden mußten. Als die Markt fiel, hatten diese Arbeiter und Angestellten alles in festem Besitz angelegt. Dieser verrottet und verdirbt nur in Höfen und feuchten Kellern....

Deutschland wird nicht gehört.

Die Botschafterkonferenz hat den Wunsch der deutschen Regierung, in der Frage des Optionsrechtes der Memelländer gehört zu werden, abgelehnt.

Der schwedische Mai-Aufruf.

Stockholm, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) In dem Mai-Aufruf des Sozialdemokratischen Parteivorstandes, der dem neuen konservativen Ministerium Trygger Kampf ansetzt und die Wiederkehr einer sozialdemokratischen Regierung fordert, heißt es zum Schluß:

Am 1. Mai, dem großen Demonstrationstag der internationalen Arbeiterbewegung, gelten unsere Gedanken nicht nur unseren inneren Zuständen, sondern auch der Arbeiterklasse in den übrigen Ländern der Welt.

Dabei ist es selbstverständlich, daß die Arbeiter an der Ruhr, die bebauernswerte Opfer der Reparationsstreife und der Okkupation geworden sind, besonders in Erinnerung gebracht werden müssen. Wir senden ihnen unseren Gruß und die Versicherung unseres tiefsten Mitgeföhls.

Wir begrüßen den mächtigen Vormarsch der Sozialdemokratie in England als ein Anzeichen der Aufführung und der Hoffnung.

Ganz besonders begrüßen wir jedoch den geplanten Einigungskongress in Hamburg, wo durch die endgültige Vereinigung der Wiener und Londoner Internationale wiederum eine gemeinsame Plattform für die Sozialdemokratie der gesamten Welt errichtet werden soll. Wir erwarten von diesem Kongress, daß er die Einigkeit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Sozialismus und der Demokratie wiederherstellen und damit den Bestrebungen der Sozialdemokratie in der internationalen Politik vermehrtes Gewicht geben soll. Keine heuchlerischen Schlagworte von Einheitsfront! Eine wirkliche Einigkeit soll in Hamburg begründet werden!

Das Wesen des Fascismus.

„Ich werde nun nacheinander acht Massenversammlungen abhalten, und wenn so sorgfältig bei uns Feuer gegossen wird, müßte ein Wunder geschehen, wenn es nicht zur Explosion kommt.“

(Hitler am 10. April im Zirkus Krone.)

Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig erklärte der Vorsitzende der Hallenser Ortsgruppe der Deutschösterreichischen Freiheitspartei, seine Partei sei der „edelste und reinste Kern deutschen Wesens und deutscher Kultur“. In ihr würden die „höchsten Ideale deutscher Zukunft“ hochgehalten. In Wulles „Deutschem Tageblatt“ finden wir dazu die näheren Erläuterungen. In langen programmatischen Ausführungen wird das „Wesen des Fascismus“ auseinandergesetzt und in erster Linie als „Kampf gegen den Marxismus“ gekennzeichnet. Diesen Kampf gegen den Marxismus stellen sich die Deutschösterreichischen etwa so vor:

„Den Zehntausenden (Sozialdemokraten), die bewußt aus reiner Schurkenhaftigkeit heraus den größten Gaunerstreik der Welt organisierten und leiteten, dem deutschen Volke die Waffen aus der Faust stahlen und die Fesseln der goldenen Internationale um anlegen halfen, kann nimmermehr vergeben werden. Hier kann es nur eine einzige Sühne geben. Es ist die einer unerlöschlichen Vergeltung.“

„Mit vermehrter Wucht hat deshalb heute der Wille zusammenzuföhnen zur Erfüllung der „Mittelsten“ Rechtsforderungen: Nieder mit den Ruombereicherern!“

In all dem Gestum und Geschwäg von Einheitsfront usw. aber wird nicht zu vergessen, daß sich zwischen uns und den Volksbetrügnern, Arbeiterverführern und bürgerlichen Parteioberführern zwei Millionen Tote schielen. ... Wir haben uns immer wieder daran zu erinnern, daß jeder neue Kampf nach außen mit den Ruombereicherern im Rücken dem deutschen Siegfried sofort wieder den Speer in den Rücken stieß. Unser Reichspropaganda sagt uns, daß der große nationale Vaterlandsverteidiger zu vernichten ist.“

Zur Durchführung dieser reinsten und edelsten sittlichen Ideale des deutschen Volkes wird an der Spitze dieses „Deutschen Tageblattes“ zum hundertsten Male der Diktator verlangt, der Wulles Ideale in die Tat umsetzen könnte. Glücklicherweise scheint wenigstens Herr Wulles selber so einsichtig zu sein, daß er sich für diese Rolle nicht für berufen hält.

Sowjetrußland und die Lausanner Konferenz.

Moskau, 26. April. (O.E.) Das Volkskommissariat des Auswärtigen gibt durch die Russische Telegraphen-Agentur bekannt, daß es, entgegen der betreffenden Neuseitmeldung, bisher keine Benachrichtigung über den Wiederzusammentritt der Lausanner Konferenz erhalten habe. Bis der Ost-Preß erfahren, informiert der Sowjetvertreter in Rom B. rowski, der als Beobachter nach Lausanne beordert worden ist, in ausführlichen Telegrammen über den Verlauf der Konferenz sowie über die Besprechungen hinter den Kulissen und die Stimmungen der einzelnen Delegationen. Die Stellung der Sowjetregierung zur Frage der Beteiligung an der Lausanner Konferenz bleibt zunächst unentschieden, doch wird erwartet, daß B. rowski beauftragt werden wird, beim Generalsekretär der Konferenz die Frage der offiziellen Zulassung Sowjetrußlands aufzuwerfen.

Gewerkschaftsbewegung

Das öffentliche Interesse an der Lohnfrage.

Der besonders Begriff des öffentlichen Interesses, vielmehr die Beschränkung dieses Begriffes auf die sogenannten lebenswichtigen Betriebe, führt bei der Entscheidung über die Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen durch die Demobilisierungskommissare zu offensichtlich unangehörigen Urteilen. Die in größeren als lebenswichtig anerkannten Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer werden berücksichtigt, alle übrigen Arbeitnehmer abgewiesen. Maßgebend ist offenbar der Gesichtspunkt, daß die Beschäftigten lebenswichtiger Betriebe durch Kampfmaßnahmen ihren Forderungen gehörigen Nachdruck verschaffen und dadurch den regelmäßigen Gang des Wirtschaftslebens mehr oder minder empfindlich stören können. Diese Beschränkung führt zu einer gewissen Unterdrückung eines Teils der Arbeitnehmer bei der Wahrnehmung ihrer Lohninteressen, die allen übrigen Arbeitnehmern verweigert wird, worunter natürlich die am schlechtesten gestellten Arbeitnehmer am meisten zu leiden haben. Wir haben Betriebe, die wohl stets als lebenswichtig gelten müssen, andere wieder, die nur unter besonderen Umständen als solche betrachtet werden und schließlich andere meist kleingewerbliche Betriebe, die niemals als lebenswichtig gelten werden. Die Entscheidung liegt bei den Demobilisierungskommissaren, die darin offenbar an bestimmte Vorurteile gebunden sind nach dem Grundsatz: Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Das öffentliche Interesse gebietet zweifellos, daß der ungewöhnlichen Ausnutzung wirtschaftlich schwacher Arbeitskräfte ein Riegel vorgeschoben wird. Ein Anlauf dazu ist in der Kriegszeit in Berlin genommen worden zugunsten der Heimarbeiterinnen, die mit Nebenarbeiten für Heereslieferungen beschäftigt wurden. Die wirtschaftlich schwächsten Arbeitnehmer bedürfen des Schutzes ihrer Lohninteressen am nachdrücklichsten. Es gibt Kleinbetriebe, gegen die nicht anders aufzukommen ist, als durch Zwang. Hat ein Schlichtungsausschuß eine Lohnzulage in bestimmter Höhe als notwendig anerkannt, dann müßte auch der Demobilisierungskommissar nach Anhören beider Teile den Anträgen auf Erklärung des Schiedsspruches als allgemein verbindlich Folge geben, anstatt Schiedssprüche für nicht lebenswichtige Betriebe grundsätzlich diesen Schutz zu verweigern. Die künftige Schlichtungsordnung kann an diesem Uebelstande nicht vorbeigehen.

Als Beispiel wird auf folgenden Fall hingewiesen: Die Lugschpapierfabrik des graphischen Gewerbes hat besonders unter schlechten Löhnen zu leiden. Stundenlöhne von 200 und 300 M. im Monat März und April sind gang und gäbe. Mit Vorliebe werden jugendliche Arbeiterinnen eingestellt, die den Arbeitgebern als billige und willige Ausbeutungsobjekte dienen. In vielen Fällen gehören die Unternehmer keiner Arbeitgeberorganisation an und können daher von dieser Seite aus nicht geholt werden. Eine Verringerung solcher Firmen kann wegen der allgemein schlechten Wirtschaftslage nicht in Frage kommen.

Die Firma Pommernell, Tempelhof, deren Inhaber ein Hauptmann a. D. ist, zahlt ihren Arbeitern **Wochenlöhne von 9400 bis 21600 M.** Der tarifliche Mindestlohn für diese Branche beträgt 40500 bis 41490 M. pro Woche. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, der deswegen angerufen wurde, beschloß, die Löhne der Arbeiterinnen dieser Firma über 18 Jahre für die ersten beiden Lohnwochen im März auf 500 M. Stundenlohn, für die beiden nächsten Lohnwochen auf 600 M. Stundenlohn und für die weitere Zeit auf 700 M. Stundenlohn festzulegen. Jugendliche unter 18 Jahren sind nach dem Tarif der Berliner Betriebe des Verbandes der photographischen Kunstindustrie, der Berliner lithographischen Anstalten des Verbandes Steindruckereibesitzer, Kreis X, und der Betriebe des Verbandes Berliner Lugschpapierfabrikanten zu bezahlen.

Der Herr Hauptmann a. D. weigerte sich jedoch, diesen Schiedsspruch anzuerkennen. Der Demobilisierungskommissar wurde angerufen, um den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Doch wie in solchen Fällen üblich, lehnte der Demobilisierungskommissar die Verbindlichkeitsklärung ab. Infolge der außerordentlich ungünstigen Konjunktur und völligen Abkündigung habe die Firma mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wenn auch anerkannt werden müßte, daß die Löhne, welche die Firma zahlt, außerordentlich niedrig sind, so besteht doch kein öffentliches Interesse für die zwangsweise Regelung der Löhne bei einer einzelnen Firma, die sehr wenige Arbeiter beschäftigt.

Es sind 18 Arbeiter und Arbeiterinnen! Im öffentlichen Interesse sind diese 18 Arbeiter und Arbeiterinnen verurteilt, trotz höherer Arbeit weiter zu hungern, damit der Unternehmer bestehen kann.

Solche Entscheidungen sind unerträglich! Im öffentlichen Interesse muß hier Abhilfe geschaffen werden. Die „wenigen Arbeiter“ auch nur in Berlin zusammengekommen bilden eine Masse, die so der Verzweiflung in die Arme getrieben wird.

Zur Lohnbewegung in der Metallindustrie.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zwischen dem Verband Berliner Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband, die für Ende dieser Woche vorgesehen waren, werden durch die Verschleppungstaktik der Unternehmer auf nächste Woche verschoben. Sie werden voraussichtlich am Montag oder Mittwoch stattfinden. (Am Dienstag können Verhandlungen wegen der Maifeier nicht stattfinden.)

Daß die Unternehmer auf die längst notwendig gewordene Erhöhung der Papiermarktlöhne ihrer Arbeiter und Angestellten noch länger warten können, daran zweifelt niemand. Man hätte jedoch annehmen können, daß sie angesichts der sprunghaftesten Steigerung der meisten Lebensmittelpreise während der letzten Woche so viel soziales Empfinden zeigen würden, um den Teuerungsausgleich, um den sie nun einmal nicht herumkommen können, nicht zwecklos und über Gebühr hinauszuschieben. Und wenn die Metallindustriellen selbst dieses sozialen Empfindens ermangeln, dann hätte das Reichsarbeitsministerium nur seine Pflicht getan, wenn es die Dringlichkeit der Verhand-

lungen entsprechend betont haben würde. Wir nehmen aber an, daß die Verhandlungen noch vor dem 1. Mai stattfinden. Wenn das Reich den Beamten eine Lohnzulage von 30 Proz. gewähren konnte, dann müßte im Reichsarbeitsministerium das Verständnis dafür vorhanden sein, daß auch die Arbeiter der Privatindustrie eines Teuerungsausgleichs dringend bedürftig sind.

Generalversammlung der Buchdrucker.

Mittwoch abend tagte im Gewerkschaftshaus eine vollzählig besuchte Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Von den Bezirksversammlungen lagen eine Reihe Anträge vor, die der Vorsitzende Braun eingangs der Versammlung zur Verteilung brachte. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Genossen Spließ über das aktuelle Thema: „Welche Maßnahmen hat der ADGB gegen die Verelendung der Arbeiterklasse ergriffen?“ In mehr als zweistündigen Ausführungen gab Redner zunächst ein Bild von der gesamten Wirt-

Rüstet zum 1. Mai!

Sorgt dafür

daß der Weltfeiertag zu einer erhebenden Demonstration wird

gegen jede Gewaltpolitik
für eine Verständigung der Völker
gegen jeden neuen Krieg
für den Weltfrieden
gegen Militarismus und Kapitalismus
für die Menschlichkeit, für den Sozialismus.

Bezirksverband Berlin

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

schaftslage Deutschlands. Er wies nach, daß vor dem Kriege schon ein ständiger, wenn auch langsamer, aber um so mühseliger Kampf um den Aufstieg der Arbeiterklasse geführt wurde. Der Krieg habe eben alles unterbrochen und die ganzen Verhältnisse umgestürzt. Jetzt sehen wir vor uns einen Verfall des gesamten Landes und seiner Bevölkerung. Er wies hin auf die durch die Besetzung des Ruhrgebiets entstandene wirtschaftliche Lage und das immer weiter um sich greifende Elend breiter Volksschichten. Wenn die deutsche Wirtschaft wieder gesunden wolle, sei es nötig, das Vertrauen der Welt wiederzugewinnen. Es müsse vor allem Frankreich beigebracht werden, daß Deutschland keine Revanchegedanken habe, sondern auf dem Wege einer friedlichen Verständigung die Grundlagen der Wirtschaft neu festigen wolle. Das sei notwendig, wenn die Verelendung Deutschlands beseitigt werden solle. Der ADGB sei bereits vier Jahre einen vornehmlichen Weg gegangen, habe seine ganzen Kräfte darangelegt, um die Ruinen des Weltkrieges zu beseitigen. Trotz aller Mißerfolge würden fortwährend neue Versuche unternommen, um eine Verständigung besonders mit Frankreich zu erzielen. Große Aufgaben habe der ADGB dabei erfüllt, die allerdings nicht auf offenem Markte ausgegossen werden könnten. Redner schilderte ausführlich den Kampf gegen die Preispolitik und das bestehende Steuerrecht. Es sei dabei nicht erreicht worden, was notwendig sei, aber was geschehen konnte, sei geschehen. Bei der zunehmenden Wirtschaftskrise sei der Frage der Arbeitsbeschaffung erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet worden. Die Erwerbslosenunterstützung habe eine Erhöhung erfahren und die Bezugsdauer für besonders notleidende Berufe, darunter die Buchdrucker, wäre von 26 auf 39 Wochen erhöht worden. — In allen Fragen sei ein zäher dauernder Kampf geführt worden gegen ein Geschick, das oft mächtiger sei als wir. Aber die Gewerkschaften dürften sich nicht abbringen lassen von dem Wege, den sie seit Jahren gegangen. Die Zukunft auch dunkel vor uns, so müßten wir jetzt mehr denn je zusammenhalten und alles Trennende ausschalten. — Den mit lebhaftem Beifall besetzten Ausführungen folgte eine kurze Diskussion.

In der Frage der **Maisfeier** schloß sich die Versammlung nach kurzen Bemerkungen Brauns einmütig den Beschlüssen der Gewerkschaftskommission an. Die Arbeiterruhe beginnt am 1. Mai früh 6 Uhr und endet am 2. Mai früh 6 Uhr. Beschlossen wurde, daß die Angestellten den Tagesdienst zugunsten der Arbeitslosen ableisten sollen. Weiter wurde empfohlen, daß alle Kollegen, die den 1. Mai bejahen erhalten, ebenfalls ihren Tagesdienst ableisten sollen. Außerdem wurde beschloffen, den Ausgeleiteten aus Gasmitteln eine laufende Unterstützung von täglich 200 M. zu zahlen.

Lohnbewegung der Kellerarbeiter.

Die Funktionäre des Deutschen Verkehrsverbundes (Abteilung Transportarbeiter) waren am Donnerstag im Gewerkschaftshaus versammelt, um den Bericht über die Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar wegen des am 4. April vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gefällten Schiedsspruches entgegenzunehmen. Als Vertreter der Arbeiter teilte B. Liebenow mit, daß der Arbeitgeberverband der Getränkeindustrien den Schiedsspruch, der mit den Stimmen der Unternehmer und des unparteiischen Vorsitzenden gefällt war und der nur eine geringe Zulage von 6000 M. für Männer und 4500 M. pro Woche vom 18. März ab für Frauen vorsah, abgelehnt hat, während die Arbeitnehmer, obgleich nicht befriedigt, ihn angenommen hätten.

Am Mittwoch hat nun vor dem Demobilisierungskommissar wegen der beantragten Verbindlichkeit des Schiedsspruches eine weitere Verhandlung stattgefunden, in der nach längerer gegenseitigen Auseinandersetzung alsdann nachstehende Einigung erzielt wurde:

Zwischen den Parteien wird folgende Vereinbarung getroffen: Die Arbeitgeber erkennen den Schiedsspruch an mit der Maßgabe, daß die Löhne, die der Schiedsspruch festgesetzt hat, bis einschließlich 5. Mai 1923 Geltung haben sollen. Der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches wird zurückgezogen.

Der Referent führte weiter aus, daß der Schiedsspruch zwar vom 18. März bis 15. April lautet, daß aber mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Vorschlag des Demobilisierungskommissars, die

Löhne bis 5. Mai gelten zu lassen, angenommen wurde. Die Versammlung stimmte nach eingehender Aussprache dem zu. — Gedruckte Exemplare der Vereinbarung sind gegen Mitgliedsausweis im Verbandsbureau, Engelauer 24/25, Zimmer 38, zu haben.

Streik der Maßschuhmacher.

Da die Arbeitgeber den am 20. April vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin einstimmig gefällten Schiedsspruch ablehnten, hat die Branchenversammlung der Maßschuhmacher, die gestern tagte, den Streik beschlossen. Die Versammlung verurteilte aus scharfem das unsoziale Verhalten der Arbeitgeber, insbesondere in der Ferienfrage und verlangte die restlose Anerkennung des Schiedsspruches. Denjenigen Arbeitgebern, die nicht der Arbeitgebervereinigung angehören, wird der Schiedsspruch zur Anerkennung vorgelegt und im Falle der Ablehnung werden sie gleichfalls bestraft. Einige Firmen haben die Anerkennung bereits schriftlich vollzogen. Alle Kollegen haben sich untertäglich im Streiklokal oder im Verbandsbureau, Engelauer 24, zu melden. Nur im Falle der schriftlichen Erklärung des Arbeitgebers ist die Weiterarbeit gestattet.

Zum Streik beim Beamten-Wirtschaftsverein.

Vom Deutschen Verkehrsverbund wird uns geschrieben: Den Streikenden ist seitens der Geschäftsleitung ein Schreiben zugesandt worden mit der Aufforderung, die Arbeit bis Donnerstag früh aufzunehmen, andernfalls sich der Streikende als freilos entlassen zu betrachten hat. Auch dieses Mittel hat nicht gezogen, denn von den Streikenden hat auch nicht ein einziger dieser Aufforderung Folge geleistet. Jedenfalls durch die Austritte am Donnerstag früh hat die Firma genug Erfahrung bekommen, denn durch Anschlag gibt diese bekannt, daß Arbeiter nicht eingestellt werden.

Wir bitten unsere Kollegen in den Buttergroßhandlungen und Margarinieniederlagen, es abzulehnen, Margarine und andere Rette aus ihren Betrieben nach den Verkaufsstellen des Beamten-Wirtschaftsvereins abzuführen, da dies als Streikarbeit zu betrachten ist. Anmerkung der Redaktion: Es wäre nun nachherade Zeit, daß der Ausschuß und die Mitglieder des Beamten-Wirtschaftsvereins diesem Trauerpiel ein Ende machen. Die Möglichkeit einer Verständigung ist bei gutem Willen immer vorhanden.

Lohnabkommen für die Blumen- und Federn-Industrie.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Groß-Berlin, hat mit dem Arbeitgeberverband der deutschen Blumen-, Blätter- und Federnfabrikanten und verw. Gew. E. G. für den Monat Mai neue Lohnsätze vereinbart. — Danach betragen die Spitzenlöhne für Arbeiterinnen über 24 Jahre 46000 M., für Arbeiterinnen 33000 M., für männliche Ausdientler 72000 M. pro Woche. — Die Tarife sind von heute ab auf dem Verbandsbureau Engelauer 24/25, Aufg. C. I in Empfang zu nehmen.

Eine Leiche.

Der Metallarbeiter-Verband erhielt eine Traueranzeige mit Sowjetkern und Trauerpalmen folgenden Inhaltes:

„**Artur Böner**, Betriebsrat der Aqa, Mitglied des fünfzehner Ausschusses der Reichsbetriebsräte, Vertrauensmann der allein revolutionären Partei der APD., ist den Bodungen menschlichen Verlangens nach irdischen Gütern erlegen. Wir bringen seinen politischen Tod der bebauerten Mitteln zur Kenntnis. Inmitten seiner selbstlosen, opferreichen Tätigkeit als Schöpfer der Kontrollausschüsse, als leuchtendes Vorbild für solche praktische Arbeit kontrollierte er in höchster Objektivität die Arbeiterchaft und war in ständiger, feiner Direktion für 650000 M. Werkzeuge verlaufen zu können. Leider verband die Arbeiterchaft nicht, diesen unverfälschten idealen Zug zu würdigen.“

Die Steinarbeiter Mannheims sind wegen einer zehnprozentigen Lohnkürzung (!) in einen Streik getreten.

Die neuen Glasarbeiter. Der Lohn für Glasarbeiter beträgt vom 19. bis 25. April 1923 M. und vom 26. April ab 1725 M. pro Stunde. Gehilfen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 10 Proz. weniger. Auslösung bei auswärtigen Arbeiten 3 Stundenlöhne.

Deutscher Solnarbeiter-Verband, Rüstinstrumentenarbeiter. Am Montag, nachmittags 5 Uhr in Altema's Feinhälen, Rosenbeide 11/12, Brandenernennung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Weinmann; Diskussion; Brandenernennung. Außerdem werden wir erneut auf den Beschluß hin, wonach jeder Generalversammlung abgeteilt verpflichtet ist, die Mitgliederversammlungen zu besuchen. Wer zweimal unentschuldig fehlt, wird auf der Liste der Delegierten gestrichelt.

Reichsbetriebsräte. Die Mitglieder der Unterkommission der Gewerkschaftskommission treffen sich am 1. Mai Punkt 9 1/2 Uhr am Bahnhof Frankfurter Allee, um als Ordner bei der Maidemonstration zu fungieren. Der Obmann.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Hill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Distanz 1. Blatt.

Unreines Blut und dessen Folge-Erscheinungen wie Hautjucken, Furunkel, Geschwür, etc. werden beseitigt durch Anwendung einer **Frühjahrskur** mit **Dr. Hoffmann's ges. gesch. Arsen-Lithium-Pillen**. Leicht behandelbar! / Blutbildend! / Ausjählische Literatur gratis. **Metasthen-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74 (Dönhofsplatz) Zentrum 7192.**

Ankauf Juwelen, Brillanten, Perlen und Smaragde. **A. Grünberg**, Potsdamer Str. 53, am Hochbahnhof Bülowsstr. Spez. große Objekte und ganze Nachlässe.

Erstklassige Herrenbekleidung Anzüge, Paletots, Schüpfen, prima Stoffe fertig und nach Maß :: Billige Preise **MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58**



SUNLIGHT SEIFE

Für jeden Werktätigen ist Sunlight Seife unentbehrlich, sie reinigt jede Wäsche spielend leicht und ist zur Pflege der Haut vorzüglich geeignet.

SUNLIGHT SEIFE

Sonntägliche Wanderziele.

Werneuchen—Bernau.

Vom Briezener Bahnhof (am Schleifischen Bahnhof) fahren wir nach Werneuchen, wo der märkische Dichter Schmidt seinen Begas sammelte. In der Umgebung Werneuchens herrscht eine lebhaftige Siedlungsstätigkeit. Die Großstadt hat in den letzten Jahren ihre Ausläufer bis in die ländliche Einsamkeit dieser märkischen Kleinstadt gefandt. Wir wandern durch das Städtchen, an der Kirche vorbei, und kommen zur Chaussee nach Seefeld, der wir etwa 20 Minuten folgen. Hier zweigt rechts ein Weg ab, der bald über die Eisenbahn geht und nach Pöhmte führt. Dieses Dorf liegt auf dem Nordufer des Haussees, der von einem ziemlich breiten Schilfgürtel umgeben ist. Am gegenüberliegenden Südufer sehen wir das Dorf Seefeld. Während Werneuchen zum Oberbarnim gehört, befinden wir uns jetzt wieder im Niederbarnim. Der Barnim, die Hochfläche, deren Grenzen im Süden das Berliner, im Norden das Übersowder Urstromtal, im Westen das Tal der Havel und im Osten die hohen roten Buchen, hat seine höchsten Erhebungen im nordöstlichen Teil, dem Oberbarnim. Nach Westen zu dacht sich die Hochfläche allmählich ab, hier liegt der Niederbarnim. Das Gelände ist von sanft geschwungenen Hügelketten überzogen, die wechselvolle Bilder geben, und auch die verstreut liegenden Wäldchen und Gehölze sorgen dafür, daß das Landschaftsbild sich abwechslungsreich gestaltet. Von Pöhmte wandern wir zuerst auf der Bernauer Chaussee weiter. Nach etwa 10 Minuten verlassen wir diese jedoch und wenden uns links ab nach Hellenau, das am Rande eines Wäldchens liegt. In nördlicher Richtung wandern wir weiter nach dem großen Dorf Bärnische mit einem umfangreichen Gutspark. Wir gehen an der Kirche vorbei und dann links ab nach Bernau, an der Quelle der Panke gelegen. Mit einem Rundgang durch dieses alte Städtchen beschließen wir die Wanderung. Bernau hat bereits 1232 die Stadterhebung erhalten. Die Stadtmauer mit ihren Tortürmen und Zug- oder Weichhäusern ist noch nahezu vollständig erhalten. Bekannt ist die glückliche Abwehr der Hufiten am 23. April 1432, zu deren Erinnerung noch jetzt alljährlich am Sonntag vor Himmelfahrt ein Hufitenfest gefeiert wird. Der märkische Chronist Andreas Angelus (gestorben 1598) berichtet über den Kampf mit den Hufiten, daß die Stürmenden mit heißem Bren empfingen wurden, daß sie sich wieder davon machen mußten, wiewol der meiste hauffe umbkam. Der „heißere Bren“ stammte aus den Brauereien, die das berühmte Bernauer Bier brauten, das auch in Berlin gern getrunken wurde. Ein altes Lied zum Lobe des Bernauer Bieres singt:

Mancher war vor zwanzig Jahren
Schon nach Nobelstrug gefahren,
Wenn er dich nicht brav geleckt
Und den Tod so abgeschreckt.

(Weglänge etwa 18 Kilometer.)

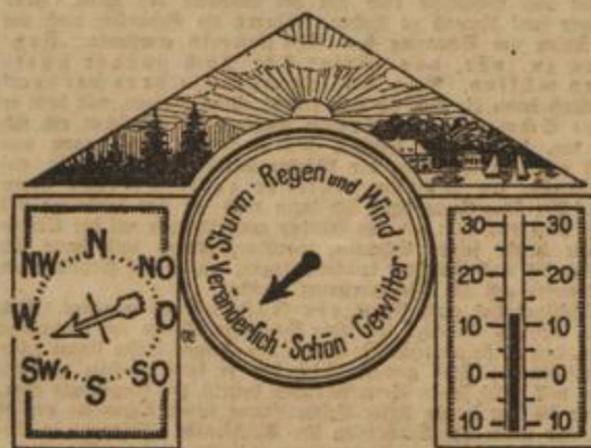
Birkenwerder—Velten.

Vom Bahnhof Birkenwerder, den wir mit den Vorortzügen der Karobahn vom Stettiner Bahnhof aus erreichen, wandern wir rechts, dann alsbald links durch die Bahnhofsallee zur Hauptstraße von Birkenwerder. In Urkunden aus der Mitte des 14. Jahrhunderts wird das Dorf bereits erwähnt. Die waldreiche Umgebung und das Briesefließ haben Birkenwerder zu einem vielbesuchten Ausflugsort und beliebten Sommeraufenthalts ausflüssen lassen. Der Ortsname deutet darauf hin, daß hier die Birke besonders häufig gewesen sein muß. Auch der Name der munteren Brieße ist darauf zurückzuführen, denn er entstammt dem Wendischen und bedeutet ebenfalls Birke. Die Hauptstraße führt über die Brieße, an der links die Obermühle liegt, zur Kirche. Von hier kommen wir durch die Havelstraße zur Untermühle, einer Wassermühle mit schönem Teich. Von der Untermühle wandern wir gen Nord, am Rande der Havelaniederung, nach Borgsdorf. Die zahlreichen Biegeleien in der Umgegend geben Zeugnis von der reichen Industrie, die hier einst herrschte; jetzt sind die meisten Biegeleien stillgelegt. Borgsdorf ist im 16. Jahrhundert verwüstet und erst 1704 wieder besiedelt worden. Ueber den Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin und über den Dranienburger Kanal kommen wir nach Binnow. In südlicher Richtung wandern wir zum Dorf hinaus. In der Wegteilung halten wir uns halbrechts, auf der Hofstraße, die durch den Wald führt. Wir sind hier noch im alten Haveltal, das den Barnim im Osten vom Haveland im Westen trennt. Das Tal bildet eine Verbindung des nördlichen Übersowder Haupttals mit dem südlichen Berliner Haupttal. Wahrscheinlich ist die Talenge durch die Schmelzwasser des eiszeitlichen Inlandsees vorgebildet worden, und die Havel, die am Ende der Eiszeit wasser-

reicher als heute war, fließt jetzt in ihr nach Süden ab. Nach einer knappen Stunde kommen wir an einen Kreuzweg. Hier wenden wir uns rechts. Auf dem von Eichen eingefassten Wege erreichen wir den Heideberg am Ende des Waldes und sehen Velten vor uns. Dieses große Dorf liegt am Rande der Lössen, am Abhang der Hochfläche des Glien. Der Name Glien ist wendischen Ursprungs und bedeutet Behm. Und dieser Abklagerung, dem tonigen Mergel der Eiszeit, verdankt Velten den Aufstieg seiner Industrie. Seit langer Zeit werden hier Kacheln und andere Töpfererzeugnisse hergestellt. Die Veltenen Kachelöfen gehen weit hin in alle Lande. Velten ist der Hauptort der deutschen Kachelindustrie. Im Schulgebäude in der Viktorialstraße befindet sich ein Ortsmuseum, das lehrreiche Sammlungen, besonders über die Entwicklung der Kachelherstellung und des Oberbaus besitzt. (Weglänge etwa vierzehn Kilometer.)

Eine Jugendherbergswerbwoche findet in der Zeit vom 6. bis 13. Mai in Berlin und der ganzen Provinz Brandenburg statt. Am 6. und 10. Mai finden voraussichtlich öffentliche Sammlungen statt. Die Jugend wird auf öffentlichen Plätzen singen, spielen und Volkstänze zeigen. Die Märkischen Jugendherbergen stehen wie die im ganzen Reich der gesamten wandernden Jugend offen. Schul- wie schulentlassener Jugend, unter besonderen Voraussetzungen auch älteren Wanderern. Trotz der Not der Zeit ist es gelungen, im letzten Jahre eine große Anzahl neuer Herbergen zu schaffen.

Wie wird das Sonntagswetter?



Zu Beginn dieser Woche breitete sich ein in Frankreich gelegenes Tiefdruckgebiet über ganz Südwest- und Mitteleuropa aus und zog dann langsam in südwestlicher Richtung weiter. In Deutschland fanden daher zunächst im Südwesten lange anhaltende, stärkere Regenfälle statt, die sich ziemlich rasch nordwärts fortplanten, während es wieder überall etwas kühler wurde. An den folgenden Tagen gingen in den meisten Gegenden noch sehr zahlreiche Regenschauer hernieder, die vielfach von Hagel oder Graupeln begleitet waren. Darzwischen klärte sich der Himmel öfter auf, die Abkühlung aber nahm bei heftigen Nordostwinden überall noch weiter zu. Nach Entfernung des Tiefs drang vom Atlantischen Ozean ein neues sehr großes und kräftiges Tiefdruckgebiet rasch nach der Ostsee vor, von wo es seinen Weg mit geringerer Geschwindigkeit nach der skandinavischen Halbinsel fortsetzte. Am Donnerstag drehten sich dabei die Winde nach Süden zurück und führten eine beträchtliche Erwärmung herbei. In der Nacht zum Freitag stellten sich jedoch in fast ganz Norddeutschland sowie im oberen Rheingebiet neue Regenfälle ein. Jetzt scheint vom Atlantischen Ozean ein Hochdruckgebiet gegen England und Frankreich vorzurücken, aber gleichzeitig südöstlich von Island ein neues Tief heranzuziehen. Wir haben daher für Sonnabend einen mehrmaligen Wechsel mit Sonnenschein und kurzen Regen- oder Graupelschauern mit frischen West- bis Nordwestwinden und abermaliger Abkühlung zu erwarten. Am Sonntag dürfte anfangs heiteres Wetter vorherrschen und nach kühler Nacht die Temperatur am Vormittag ziemlich rasch steigen. Nachmittags wird aber wohl auch die Bewölkung wieder zunehmen und bald darauf etwas Regen fallen.

Der verschlossene Garten.

Man schreibt uns: Der „Vorwärts“ hat an dieser Stelle am Donnerstag in dankenswerter Weise eine tabellarische Uebersicht über die Besuchszeiten der Berliner Museen und die Eintrittspreise veröffentlicht. Bei der „Fülle der Gesichter“ von Berliner Museen und Sammlungen herrschte immer Unklarheit darüber, zu welchen Tageszeiten die Museen geöffnet sind, vornehmlich aber, an welchen Tagen der Eintritt kostenlos ist. Man kann aber auch aus dieser Uebersicht betrübt genug entnehmen, daß immer noch die Besuchszeiten der Museen so ungünstig gelegt sind, daß die arbeitende und werktätige Bevölkerung an Wochentagen die Museen nicht besuchen kann. Es hat fast den Anschein, als ob das Kultusministerium, dem die meisten Museen unterstehen, es für eine Annahme hält, daß der arbeitende Großstädter auch am Alltags eine Ablenkung von dem täglichen Einmaleins der Arbeit und des Berufs durch den Besuch der Museen und Kunstsammlungen sich verschafft. Es ist schon oft über diesen Uebelstand Klage geführt worden, aber eine Abhilfe wurde niemals erreicht. Vielleicht tragen diese Klagen dazu bei, daß die Frage wieder in Fluß und zu einem guten Abschluß kommt. Denn Behörden sind harmlos und zäh, und man erinnert sich gewiß noch, daß ein ganzes Meer von Lente vergossen werden mußte, bevor im Winter der Abendbesuch der Museen freigegeben wurde. Aber schließlich gelang es doch, man darf im Kampf und Widerstreit mit Behörden nur nicht locker lassen.

Ganz schlimm jedoch steht es nach dieser Richtung mit dem Besuch des Botanischen Gartens in Dahlem, der, bürokratisch engherzig, zur Sommerzeit so frühzeitig zugesperrt wird, daß man wahrlich von einem verschlossenen Garten sprechen kann. Der Botanische Garten wird nämlich im Sommer bereits um 7 Uhr geschlossen. Das ist einfach ein Unfug, unter dem jahraus, jahrein viele Tausende leiden, die an schönen Sommerabenden zur Erholung und Erfrischung im Botanischen Garten weilen wollen. Raum ein Ort in und um Berlin ist so geeignet, nach des Tages Last und Hitze ein erquickendes Aufatmen und Erholen zu gemahren, wie der Seiler immer noch viel zu wenig bekannte Botanische Garten. Ganz still ist es hier, beruhigender Duft kommt mit der langsam ausdämmern den Kühle des Abends von den vielen Pflanzen des Gartens, von den Feldern ringsum und aus dem nahen Wald. Dampf bröhnt irgendwo die Untergrundbahn, die Straßenbahn rollt fernab, und auch die Züge der Wanneseebahn stören nicht mit ihrem Geräusch das Wohl und die andächtige Naturbetrachtung. Und wenn die ersten schwarzen Schatten der Nacht am Himmel hochtauchen, schimmert der Kieglinsbau des Gewächshauses phantastisch, gespenstisch durch den Sommerabend, über dem tausend blaue Sterne am tiefblauen Himmel stehen. Diesen Genuß kann man sich aber nur leisten, wenn man ein Beamter des Gartens ist, oder zu einem der Beamten in näherer Beziehung steht. Die Anderen müssen, wenn die schönste Zeit für den Garten gekommen ist, die stille, grüne Insel verlassen, und wer ahnungslos nach sieben Uhr erscheint, steht vor der verschlossenen Pforte eines Paradieses.

Vor Jahren, als sich der Botanische Garten noch in der Potsdamer Straße befand, da, wo sich heute der stolze Bau des Kammergerichts hochreckt, kam man diese engherzige Zeitbeschränkung nicht und konnte bis um neun Uhr im Garten weilen. Es ist nicht einzusehen, warum nicht möglich und erlaubt sein sollte in Dahlem, was in der Potsdamer Straße gestattet war. Man denke doch nur, wie wenige am Tage Zeit haben, nach Dahlem zu pilgern, man überlege, daß außerdem an heißen Sonnentagen der Botanische Garten seinen Schatten und Schutz bietet gegen die Hitze. Wird er aber bereits abends um 7 Uhr geschlossen, so ist und bleibt er für die meisten ein verschlossener Garten. Das arbeitende Volk hat aber ein Anrecht auf den Garten, ebenso gut wie der Wohlhabende, der zu jeder Stunde Zeit hat.

Der kostspielige Herr Pastor.

Die von dem deutschnationalen Stadtverordneten Herrn Pastor Koch geräuschvoll eingeleitete Radprüfung der Kündigung der über 10 Jahre bei der Straßenbahn Beschäftigten hat nunmehr zu einem völligen Zusammenbruch der Anlage dieses seltsamen Arbeiterfreundes geführt. Der von der Stadtverordnetenversammlung eingeleitete Ausschuss kam nach elf Sitzungen einstimmig zu der Auffassung, daß von einer Entlassung nach politischen Momenten nicht die Rede sein kann. Der Ausschuss konnte der Stadtverordnetenversammlung nur empfehlen, über einzelne Fälle nach Möglichkeit eine Verständigung zwischen Magistrat und Gesamtbetriebsrat herbeizuführen. Also hat der Herr Pastor wieder einmal die Stadt gerettet. Die Wagnisse des bewährten Herrn wäre dankend zu quittieren, wenn dergleichen Agitationsgeschäfte nicht mit erheblichen Kosten für die Stadt verbunden sein würden.

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überseht von Julien Summers.

Die Muskeln seines Armes schlossen sich fest um ihre Schuliern. Ihr Haar glänzte in seinen Augen. Der Wind, der durch das Weinslaub rauschte, ließ das Licht und den Schatten um sie herum tanzen.

„Wie heiß Sie von der Sonne sind!“ sagte sie. „Ich liebe den Geruch Ihres heißen Körpers. Sie müssen sehr gelaufen sein, um hierher zu kommen.“

„Erinnern Sie sich an die Nacht im Frühling, als wir nach Hause gingen von ‚Pelleas und Melisande‘? Wie gern hätte ich Sie damals geküßt, so wie jetzt.“

Andrews Stimme klang seltsam heiser, als ob er nur schwer sprechen könne.

Sie sahen Seite an Seite auf der Steinbank, ohne einander zu berühren.

„Jean, wie sind Sie hierher gekommen? Sind Sie schon lange demobilisiert?“

„Ja, bin fast den ganzen Weg von Paris hierher zu Fuß gegangen. Sie sehen, ich bin sehr schmutzig.“

„Wie wunderschön. Aber ich werde ruhig sein. Aber Sie müssen mir alles erzählen von dem Augenblick an, da Sie mich in Chartres verließen.“

„Ich werde Ihnen über Chartres später erzählen.“ sagte Andrews rau. „Es war prächtig, eine der schönsten Wochen in meinem Leben, so den ganzen Tag in der Sonne gehen, den Weg wie ein weißes Band in der Sonne vor mir, über Berge und an Flüssen entlang, wo gelbe Schwertlilien blühten und durch Wälder voller Singvögel, und den Staub wie eine kleine weiße Wolke um meine Füße, und die ganze Zeit auf dem Wege sein, hierher zu Ihnen, hierher zu Ihnen.“

„Und die Königin von Saba? Was macht die?“

„Ich weiß nicht. Es ist schon lange her, daß ich daran dachte... Sind Sie schon lange hier?“

„Fast eine Woche. Aber was wollen Sie tun?“

„Ich habe ein Zimmer am Fluße in einem Hause, das

einer fetten Frau mit einem sehr roten Gesicht und einem Bart auf dem Kinn gehört.“

„Madame Boncour.“

„Natürlich, Sie kennen ja jeden hier.“

„Und Sie wollen lange hier bleiben?“

„Ja, lange. Arbeiten und mit Ihnen sprechen. Darf ich dann und wann Ihr Klavier benutzen?“

„Wie wunderschön!“

Généviève rief prang auf, dann stand sie, schaute ihn an, lehnte sich in den Wein hinein, so daß die breiten Blätter um ihr Gesicht herumflatterten. Eine weiße Wolke, hell wie Silber, bedeckte die Sonne, zwei weiße Schmetterlinge flatterten einen Augenblick durch den Wein.

„Sie müssen sich immer so anziehen.“ sagte sie nach einer Weile.

Andrews lachte.

„Ein wenig sauberer, hoffe ich.“ sagte er. „Aber ich kann leider nicht viel wechseln. Ich habe keine anderen Kleider und lächerlich wenig Geld.“

„Wer kümmert sich um Geld!“ rief Généviève.

Andrews glaubte ein gewisse Affektiertheit in ihrer Stimme zu entdecken, aber er vertrieb diesen Gedanken sofort.

„Ob hier wohl in der Nähe ein Gut ist, wo ich Arbeit bekommen kann?“

„Aber Sie könnten doch gar nicht die Arbeit eines Landarbeiters tun!“ rief Généviève lachend. „Passen Sie nur mal auf, Sie werden sich die Hände zum Klavierspielen ganz verderben.“

„Das ist mir ganz gleich. Aber das kommt alles erst später, viel später. Erst muß ich noch etwas zu Ende bringen, an dem ich jetzt gerade arbeite. Ein Thema, das in mir aufstieg, als ich zuerst ins Heer kam, als ich in unserem Leinwandlager die Fenster abmahlte.“

„Wie komisch Sie sind, Jean. Es ist prächtig, Sie wieder da zu haben. Aber Sie sind ja heute so furchtbar feierlich. Vielleicht, weil ich Sie veranlaßte, mich zu küssen?“

„Aber Généviève, man kann nicht an einem Tage den gebogenen Rücken des Sklaven gerade biegen. Jetzt bin ich bei Ihnen auf diesen wundervollen Fleck Erde. Noch nie habe ich einen solchen fastigen Reichtum der Vegetation gesehen... Und denken Sie, eine Woche Marsch durch das

Land... wundervolle kalte Bäder in der Loire... Nein, nach einiger Zeit erst wird der Rhythmus der Übungsfelder, auf denen die Beine von Millionen Menschen alle gleich lang gemacht werden, diese verzweifelte, eingefälschte Stumpfheit, all das Beinende und Auswende der Disziplin und des Soldatseins versinken in der Pracht und dem Glanz dieser Ihrer Welt.“

Er stand auf und zerdrückte ein Blatt unachtsam zwischen den Fingern.

„Sehen Sie, die kleinen Trauben bilden sich bereits, schauen Sie da hinauf.“ sagte sie und strich die Blätter beiseite, gerade über seinem Kopf. „Diese Trauben hier kommen am frühesten. Aber ich muß in unsere Domäne, Ihnen meine Cousinen, und die Hühner, und alles zeigen.“

Sie nahm seine Hand und zog ihn aus der Laube. Sie stiegen wie Kinder Hand in Hand durch den Garten. „Wenn ich nur.“ stammelte er und folgte ihr über den Rasen, „aus diesem ganzen Glend Musik machen könnte, Musik, die die Massen in Empörung treibt, dann würde ich mich von der Bein dieser Erinnerungen befreien und mein eigenes Leben in der Schönheit dieses Sommers leben können.“ Am Hause wandte sie sich ihm zu: „So, jetzt müssen Sie sich einmal das Haus anschauen. Sehen Sie, das ist der Turm. Das ist alles, was von dem alten Gebäude übrig blieb. Ich wohne dort, und gerade da unter dem Dach ist ein verheertes Zimmer, vor dem ich immer furchtbare Angst habe. Ich habe immer noch Angst. Sehen Sie, dieser Henry-IV-Teil des Hauses ist gerade ein Viertel des projektierten Gebäudes. Dieser Rasen hier hätte der Hof sein sollen. Es gibt alle möglichen Arten von Ueberlieferungen, warum das Haus nie fertig gebaut wurde.“

„Sie müssen mir davon erzählen.“

„Später. Aber jetzt müssen Sie mitkommen und meine Tante und meine Cousinen treffen.“

„Bitte, nicht jetzt, Généviève... Ich möchte mit niemand außer mit Ihnen sprechen. Ich habe so viel mit Ihnen zu reden.“

„Aber es ist schon fast Lundyzeit, Jean; wir können ja nach dem Lunch zusammen reden.“

(Fortsetzung folgt.)

Um die städtischen Güter.

Verpachtung gegen eine Koggenwertanleihe?

Dieselbe Finanzgruppe, die im vorigen Jahre bereits mit dem Berliner Magistrat in Verhandlungen gestanden hat und damals für die Ueberlassung der Güter auf achtzehn Jahre ein Pachtangebot von 80000 Koggenzentnern jährlich machte, hat sich erneut an die Stadt gewandt und bietet jetzt jährlich 90000 Zentner. Außerdem ist man bereit, der Stadt ein Darlehen im Werte von etwa 10 Milliarden zu geben, das in Koggen umgerechnet, verzinst und getilgt werden soll, wozu die Pachtträge als Garantie dienen. Ferner verlangt das Konsortium hypothekarische Eintragung der Anleihe auf die Güter. Der Magistrat hat am Mittwoch bei sehr schwacher Besetzung dem Entwurf eines solchen Vertrages in den Grundrissen zugestimmt und ihn zur Begutachtung der Finanz- und Steuerdeputation sowie dem Ausschussrat der Güter G. m. b. H. überwiesen. Die Finanzdeputation lehnt ein Darlehen, das hypothekarisch eingetragen werden soll, mit allen Stimmen ab.

Soweit wir über die Ansicht des Ausschussrats der Güter G. m. b. H. unterrichtet sind, zweifeln wir nicht daran, daß dieser es einstimmig ablehnen wird, jetzt einer Verpachtung der Güter zuzustimmen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich mit diesem Entwurf noch nicht beschäftigt. Wir glauben aber, daß die Rathausfraktion einen solchen Verleierungsversuch — denn darum würde es sich handeln — ebenfalls einstimmig ablehnen wird. Die Güter haben, seitdem sie in eine freiere Wirtschaftsform gebracht wurden, angefangen, sich verhältnismäßig gut zu entwickeln. Die Defizitwirtschaft ist überwunden, für das nächste Etatsjahr sind bereits 90000 Zentner Ueberfluß eingeseht und kein Kenner der Verhältnisse zweifelt daran, daß dieser Ueberfluß weiter gesteigert werden kann, ohne daß die Güter wie bei einer Verpachtung Gefahr laufen müßten, daß die reichlich mit Materialen und Inventar versehenen Güter gegen Ende einer solchen Verpachtungsperiode ausgefogen werden. Zunächst kann es nur die Aufgabe geben, die Arbeit der städtischen Güter G. m. b. H. zu erleichtern und den Ertrag der Güter aus eigener Kraft zu steigern. Für eine lumpige Million Goldmark die Güter auf 25 Jahre aus der Hand zu geben, wäre eine unverantwortliche und verbrecherische Politik.

Einschränkung von Vergnügungen.

Der preussische Innenminister Severing hat auf Grund des Notgesetzes vom 24. Februar eine Verordnung herausgegeben, in der es u. a. heißt:

Vergnügungen, die in Zeiten einer außerordentlichen politischen oder wirtschaftlichen Not oder Gefahr Einschränkungen unterliegen, sind alle öffentlichen oder nach außen wahrnehmbare private Veranstaltungen, welche die Schaulust oder das Bedürfnis nach leichter Unterhaltung oder Zerstreuung befriedigen oder dem Sinne zugehen. Ausgenommen sind solche Veranstaltungen, bei denen ein erkennbares Interesse erster Kunst, der Volksbildung oder der Wissenschaft überwiegt. Die Voraussetzungen, unter denen eine solche Not oder Gefahr anzunehmen ist, können durch ein einzelnes Ereignis oder durch einen Zustand von vorübergehender längerer Dauer begründet werden; Beginn und Dauer dieser Voraussetzung werden vom Minister des Innern festgestellt. Für die Einschränkung von Vergnügungen sind die Ortspolizeibehörden zuständig. In den Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung wird darauf hingewiesen, daß durch den widerrechtlichen Eindruck in das Ruhrgebiet eine außerordentliche politische und wirtschaftliche Notlage begründet sei, die eine Einschränkung von Vergnügungen der bezeichneten Art rechtfertigt. Die Einschränkung umfaßt auch das völlige Verbot, vor Anordnung einschränkender Maßnahmen sind zunächst die etwa vorhandenen Interessenvertretungen der Betroffenen zu hören. Zuwiderhandlungen werden durch die ordentlichen Gerichte verfolgt; die Polizeibehörde hat daher in jedem Falle die Pflicht, unbefehdet ihrer sonstigen Zwangsbefugnisse, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten.

Die Stilllegung des Rahnsdorfer Gaswerkes.

Ueber die finanziellen Schwierigkeiten des privaten Rahnsdorfer Gaswerkes, das mit seinen Tarifen in letzter Zeit regelmäßig um mehrere hundert Mark über den Tarif der Berliner kommunalen Gaswerke blieb, haben wir mehrmals ausführlich berichtet. Der Inhaber dieses Gaswerkes hatte einen Vertrag mit der Gemeinde, der am 31. Dezember 1922 abließ und vom Bezirksamt Köpenick rechtzeitig gekündigt war. Auf Grund der Kündigung der Konzeption ist es jetzt nach mehrwöchigen Verhandlungen zu einem Vergleich zwischen der Stadt und dem Besitzer gekommen. Danach übernimmt die Stadtgemeinde Berlin die Gasversorgung der bisher vom Rahnsdorfer Wert versorgten Gemeinden, sowie die Rohrverbindung zwischen dem Gaswerk Friedrichshagen und dem Rahnsdorfer Rohrnetz hergestellt ist. Berlin erhält kostenlos das ganze Rohrnetz, die Strahlensicherungsanlagen, die Gasmesser, den Gasbehälter und Heizkesselanlagen nebst dem dazugehörigen Gelände. Der Besitzer behält das übrige Gelände nebst Bäumen, Maschinen und Anlagen. Außerdem erhält er eine Rente nach dem Endgehalt der Gruppe 13 für die Dauer von 10 Jahren. — Diese Regelung hat für die Stadt Berlin den Vorteil, daß die Zahlungssummen aus den laufenden Beträgen der Berliner Gaswerke genommen werden können. Die Rohrverbindung zwischen Friedrichshagen und Rahnsdorf wird in etwa sechs Monaten hergestellt sein können. Die Bevölkerung hat von der neuen Regelung den Vorteil der Belieferung mit dem bedeutend billigeren Berliner Gas.

Stellenvermittlung von Hauspersonal.

Die Benützung der Arbeitsnachweise liegt im freien Ermessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dennoch sollten von beiden Seiten die Bezirksarbeitsnachweise der einzelnen Verwaltungsbezirke Groß-Berlins größere Beachtung finden. Bei der sich hier abwickelnden Vermittlung erwachsen beiderseits Vorteile. Ist es doch bei der kleineren örtlichen Umgrenzung möglich, eine individuell schärfere Auslese zu treffen, die sicher von hohem volkswirtschaftlichen Interesse ist. Durch die enge Abgrenzung in Verwaltungsbezirken ist die Gewähr gegeben, die sich meldenden Arbeitskräfte in kürzester Zeit, ohne Entstehung irgendwelcher Kosten, der neuen Arbeitsstätte zuzuführen. Besonders Bedeutung hat aber durch die am 1. April d. J. erfolgte Auflösung der Hauspersonalabteilung des Arbeitsnachweises Gormanstraße die Vermittlung von hauswirtschaftlichem Personal erhalten. Hier hat leider immer noch die gewerkschaftliche Stellenvermittlung in ausgedehnter Weise ein gutes Arbeitsfeld. Besonders in der Umgebung des Schlesiens Bahnhofs zeigen sich bedeutende Auswüchse. Jungen, unerfahrenen, vom Lande kommenden Mädchen werden hohe Vermittlungsgebühren abgenommen, obwohl oft genug die Vermittlung vollkommen ergebnislos verläuft. Auch für Verpflegung und Uebernachtung werden den Mädchen hier bedeutende Summen aus den Taschen gezogen. Selbst Hausfrauen werden bei dem Mangel an guten Hausangestellten durch die Vermittlung ein Opfer der Ausbeutung. In der letzten Zeit ist die Nachfrage nach Hauspersonal so groß, daß nicht im entferntesten die benötigten Kräfte vermittelt werden konnten. In den Bezirksarbeitsnachweisen erfolgt die Vermittlung vollkommen kostenlos. Kleinsteheude

Mädchen können bis zum Antritt einer neuen Stelle für eine geringe Gebühr (kurzezeit 300 M. pro Nacht) übernachten. Vermittelt werden ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen jeder Art, Jugendliche beiderlei Geschlechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahre und Hausangestellte, Aufwärterinnen, Wasch- und Reinemachefrauen. Es wird nicht nur Arbeit für längere Zeit, sondern auch stunden- und tageweise Ausbillsarbeit nachgewiesen.

Vom Bezirksarbeitsnachweis Friedrichshagen, dessen Bereich sich auch auf die Umgegend des Schlesiens Bahnhofs erstreckt, wird uns hierzu mitgeteilt, daß der Arbeitsnachweis des Bezirksamts Stralauer Platz, für ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie Jugendliche täglich von 8—3 und Sonnabends bis 1 Uhr, für Hausangestellte täglich von 8—7, Sonnabends bis 1 Uhr geöffnet ist. (Telephon Alexander 87, 2280 und 2445.)

Eine Wahnsinnstat.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Eine der schrecklichsten Missetaten, die die an Kapitalverbrechen wirklich nicht arme Kriminalgeschichte aufzuweisen hat, beschloß das Schwurgericht des Kantonsgerichts II. Unter der Anklage der Ermordung der eigenen Mutter und des Mordversuchs an seiner Schwester, die dann aus Angst vor dem Mörder sich selbst aus dem dritten Stock des Hauses auf die Straße stürzte und den Tod fand, hatte sich der Schlosser Roman Müller vor verantworten.

Der Fall hat schon vor einiger Zeit das Schwurgericht beschäftigt. Die Verhandlung verlief damals aber derartig. Am 9. April 1922 war der Angeklagte bei seiner Mutter, der 55jährigen Witwe Pauline Müller, in ihrer gemeinsamen Wohnung in Richterstraße, Albrechtstraße 6 erschienen und hatte 5 Mark für Zigaretten verlangt. Als ihm das Geld verweigert wurde und seine Schwester Wanda ihm Vorhaltungen darüber machte, daß er ihnen ohnehin zur Last fielen, und schon mit dem Essen, das er erhalten, zufrieden sein müsse, ergriff der Angeklagte in einem Wutanfall ein Beil und schlug der Schwester mit der stumpfen Seite über den Schädel. Als die Mutter ihm in den Arm fiel, richtete er die Waffe auch gegen sie und schlug Frau Müller erst mit der stumpfen Seite zu Boden, dann bearbeitete er Mutter und Schwester auch mit der Schneide des Beils. Frau Müller sank blutend zu Boden, während die Schwester noch auf den Knien um Schonung bat. Der Missetäter erwiderte: „Jetzt ist es zu spät, das hätte Ihr Euch vorher überlegen müssen. Nun müssen wir alle drei sterben.“ Er schloß dann die Tür ab und ergriff einen Riemen, mit dem er seine Schwester erwürgen wollte. Das Mädchen riß sich aber los, stürzte zum Fenster, das es aufriß und sprang aus Angst vor dem Beil, das der Mörder wieder ergriffen hatte, auf die Straße, wo Wanda Müller zerschmettert liegen blieb. Der Angeklagte hatte sich dann nach der Tat selbsttätig mit einem Tuch das Blut von den Händen gewischt, war auf der Straße an der Leiche seiner Schwester vorübergegangen und hatte sich heimlich bis nach Heilstädt durchgeschlagen, wo er auf Grund eines Steckbriefes am 13. Mai verhaftet wurde.

Müller hat auch früher ein Geständnis abgelegt. „Nach seinen früheren Angaben soll seine Schwester Wanda ihn beschuldigt haben, daß er sie vergewaltigt hätte. Die Folgen dieser Untat sollte ein totesbarnes Kind gewesen sein, das er selbst beiseite geschafft haben will. Bei seinen Vernehmungen bestritt der Angeklagte aber, daß er die Tat wegen ihrer Beschuldigung seiner Schwester verübt habe und stellte das Verbrechen der Blutschande überhaupt in Abrede. — In der jetzigen Verhandlung versuchte er den Geisteskranken zu spielen. Er erklärte, er wisse von nichts. Er denke, daß seine Mutter und seine Schwester von einem fremden Manne getötet worden sind.“

Die Geschworenen verneinen die Anschuldigung wegen Mordes, sprachen aber den Angeklagten wegen vollendeten Totschlags an der Mutter und versuchten Totschlags an der Schwester schuldig. Der Angeklagte wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus und Aberdemung der bürgerlichen Ehrenrechte in dieser Zeit verurteilt.

Inländische gegen ausländische Mieter.

Der Kampf, den die Witwe des ersten Staatsanwalts Schumann seit geraumer Zeit um ihre Wohnung geführt hat und der in der Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen erregte, beschäftigt jetzt das Schwurgericht Berlin-Schöneberg. Angeklagt waren Frau Schumann, ihr Neffe, der Architekt Juwiedu, n. g. G. Entscheidungsmittelmann, ihre beiden Töchter Thea und Edith sowie ihr Sohn Gerhard, ihr Neffe, der Architekt Heinrich Krause, der Ingenieur Philipp Müller, der Kaufmann Otto Reifner und die Robertin Emma Michels, um sich wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und Nötigung zu verantworten. Der Anklage liegt der langjährige Streit zugrunde, den Frau Schumann mit ihrem Mieter, dem Direktor der internationalen Entscheidungskommission, dem Amerikaner Schettini und seiner Gattin, einer Französin, geführt hat. Das Ehepaar Schettini hatte vor anderthalb Jahren von Frau Schumann, die eine Sechszimmerwohnung innehatte, 4 Zimmer mit Bad und Küche abgemietet. Wegen der Küchenbenutzung kam es jedoch bald zu Streitigkeiten, da Schettini auf Grund des Mietvertrages Frau Schumann das Betreten der Küche untersagt hatte. Die fortwährenden Streitigkeiten führten schließlich dazu, daß Frau Schumann, als das Wohnungsamt ein Vorgehen gegen den extraterritorialen Mieter ablehnte, zur Selbsthilfe schritt und im Januar d. J., als das Ehepaar Schettini verreiselt war, mit den übrigen Angeklagten in die Wohnung einbrach und die Sachen der Ausländer auf einen Speicher schickte. Die Verhandlung ergab erhebliche Widersprüche zwischen Frau Schumann und Schettinis über die aus dem Mietvertrag ergebenden Rechte. Der Vorherrschende mußte der Angeklagten vorhalten, daß durch ihr Verhalten dem Deutschen Reich große Schwierigkeiten bereitet worden seien. Das Deutsche Reich habe als Entscheidungsmittel für Sachen Schettinis, die auf dem Umzug verloren gegangen sein sollen, die Summe von 4000 Frank und 30 Pfund Sterling zahlen müssen. Staatsanwalt Richter betonte in seinem Plädoyer, daß die Angeklagte, die sich auf den Kampf an die Ruhr berufen habe, es an der Disziplin der Ruhrbevölkerung habe fehlen lassen. Das Urteil lautete auf fünf Wochen Gefängnis gegen Frau Schu-

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft flau. Fische ausreichend, Geschäft ziemlich flott. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Rindfleisch 3300—4200 M., ohne Knochen 4100—5300 M. Schweinefleisch 4400—5800 M. Kalbfleisch 3500—5200 M. Hammelfleisch 3800 bis 5200 M. Rindertalg 4000—5000 M. Schmalz 1800—2000 M. Kabeljau 1200—1700 M. Ritzungen 1500 M. Grüne Heringe 650 bis 1250 M. In Eis: Schale 2300—3100 M. Hechte 1500—2500 M. Aale 5300—5800 M. Lebende Aale 5800—6700 M. Hechte 2500—3800 M. Naturbutter 9000—9400 M. Margarine 8000—1600 M. Eier 330 bis 360 M. das Stück. Weiskohl 275—390 M. Wirsingkohl 350—475 M. Blumenkohl 1000—2600 M. der Kopf. Mohrrüben 100—175 M. Kohlrüben 90—135 M. Zwiebeln 75—100 M. Kochkohl 275—380 M. Essig 350—750 M.

mann, zwei Monate Gefängnis gegen Kaufmann Müller, auf je 30 000 M. Geldstrafe gegen die übrigen Angeklagten mit Ausnahme der Robertin Michels, die zu 10 000 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Die Verurteilten legten gegen dieses Urteil sofort Berufung ein.

Ein Nachspiel zum Mädchenhandel-Prozess. Für den wegen Mädchenhandels zu Zuchthaus verurteilten Holländer Wilhelm Jmaan dürfte sich noch ein böses Nachspiel in seinem Heimatland ergeben. Die holländischen Behörden beschäftigen auf Grund der in dem Prozess zur Sprache gekommenen Vorgänge in Holland die Auslieferung Jmaans nach Verbüßung seiner Strafe zu beantragen, um gegen Jmaan ein Verfahren wegen Kuppelei und Zuhälterei anhängig zu machen.

Milliarden-Farbstoffabhebung. Nach einer Meldung aus Hamburg haben Zwischenhändler und Exporteure gemeinschaftlich mit ausländischen Schiedern Farbstoffe, die von den deutschen Farbfabrikanten inländischen Farbereien zum Selbstverbrauch geliefert worden waren, entgegen den von diesen Selbstverbrauchern eingegangenen Verpflichtungen aufgelöst und unter falscher Deklaration ins Ausland, besonders nach Holland verbracht. Es handelt sich nach den bisherigen Ermittlungen um Milliardenwerte, bei welchen das Reich um große Beträge an Abgaben und Steuern geschädigt worden ist. Die Angelegenheit, die Kreise über ganz Deutschland zieht, bedarf baldiger Klarstellung.

Flaschenpfand bei Arzneibezug. Die Berliner Krankenkassenverbände haben mit dem Berliner Apothekerverein und der Protagisteninnung die Vereinbarung getroffen, daß vom 1. Mai 1923 ab in den Apotheken und Drogenhandlungen Arzneiflaschen nur noch gegen Hinterlegung eines Flaschenpfandes abgegeben werden dürfen. Die Pfandsumme muß dem Kassennmitglied auf einer Pfandmarke beiseineigt werden. Nach Rückgabe der gesäuberten Arzneiflasche und der Pfandmarke wird die volle Pfandsumme ohne jeden Abzug von jeder Apotheke bzw. Drogenhandlung zurückgegeben.

Die juristische Sprechstunde fällt heute aus.

An unsere Abonnenten in Spandau. Vom 1. Mai an wird der „Vorwärts“ wieder durch Boten in das Haus geliefert. Bestellungen sind zu richten an Frau Brohm, Spandau, Ufenbachstraße 7, Zigarrenladen.

Die Verlegung der 149. Gemeindeschule. Zu den unter dieser Ueberschrift gemachten Ausführungen in Nr. 174 erhalten wir vom Nachrichtenamt des Magistrats die Mitteilung, daß die besonders eingesehene Kommission nach eingehender Prüfung festsetzt, daß eine Auflösung der Schule nicht beabsichtigt wird. Die Einziehung von Klassen hält sich in demselben Rahmen wie bei anderen Schulen, da infolge Rückgangs der Schulkinderzahl — in den letzten sechs Jahren 50 000 Kinder — auch an vielen anderen Schulen Klassen eingezogen worden sind. Die sofortige Zurückverlegung der 149. Schule nach ihrem alten Heim sei nicht möglich.

Die Ausstellung des Ortsausschusses für Jugendpflege im Bezirk Prenzlauer Berg, während der Jugendpflege-Woche im Anzeiger-Greifswalder Str. 23, ist heute, Sonnabend, den 28. April, von 4 bis 9 Uhr, und morgen, Sonntag, den 29. April, von 4 bis 9 Uhr geöffnet. Ausgestellt werden alle für die Jugend interessierten Gebilde, wie Bücher, Zeitschriften, Wanderausstellungsgegenstände, Musikinstrumente, Spielgeräte und dergleichen mehr. Eintritt 100 M.

Der Verein „Unterrichtsstufe für Arbeiter G. B.“ eröffnet Anfang Mai Deutsch- und Rechnungskurse. Der Vorkurs dauert 10 Wochen und kostet 1200 Mark. Anmeldungen werden in den Schullokalen in dieser Woche abends von 7—9 Uhr entgegengenommen. Dienstag in der Kleinfeldstr. 49; Mittwoch in der Niederwallstr. 12; Donnerstag in der Bohmer Str. 8; Freitag in der Kleinfeldstr. 49; Samstag in der Kleinfeldstr. 49; Sonntag in der Kleinfeldstr. 49.

Wegen Ueberfüllung der Tuberkulose-Versorgung des 20. Bezirks Reinickendorf mußten in den letzten Sprechstunden Patienten zurückgewiesen werden. Es ist daher die Regelung getroffen worden, daß Anmeldungen zur Sprechstunde für die dem Krankenhaus zunächstliegenden Orte, im Krankenhaus in den Fürsorgekammern Mittwoch von 3 bis 5 Uhr, für Tegel und Umgegend im Rathaus Tegel (Säuglingsfürsorge Dienstamt und Freitag von 9 bis 11 Uhr) und für Hennsdorferfeld am Donnerstag zwischen 9 bis 10 Uhr im Schulratzimmer der Schule Roonstraße, entgegengenommen werden. Auf Grund dieser Anmeldungen werden die Patienten zum Untersuchungsstermin vorgeladen, um ihnen unnötige Wege und Fahrkosten zu ersparen.

Das schönste Lied. Ueber dieses Thema spricht Genosse Harter Dier am Sonntag, den 29. April, nachmittags 6 Uhr, in der Trinitatisstraße, Charlottenburg, Karl-Lugwits-Platz.

Vorländer-Einführungskursus. Der Verein für Einzelnormung (S. 2) hält am 4. und 11. Mai 1923, nachm. 5^{1/2} Uhr, in der Geschäftsstelle in Berlin, Schillingstr. 3, einen Einführungskursus über Rechte und Pflichten eines Vormandes und Pfleger ab. Interessenten sind willkommen.

Jubiläum. Das fest der Wägen Hochzeit feiert das Ehepaar Zimmerling, Grimmsstr. 25. Seit 25 Jahren ist das Paar Abonnent des „Vorwärts“.

Kein Luftverkehr!

Da es den deutschen Luftverkehrsvereinigungen (Deutscher Aero Club u. a. und Junkers Werke) bisher nicht gelungen ist, im Laufe der Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium Reichsbeschlüsse in einem Umfang zu erzielen, die den Luftverkehrsfirmen eine Durchführung der Flüge möglich machen, ist zunächst eine Verzögerung in der Aufnahme des diesjährigen Luftverkehrs eingetreten. Die regelmäßigen Passagierflüge nach London, Königsberg, Moskau usw. sollten im Mai beginnen. Im Interesse der Entwicklung des modernsten Verkehrsmittels, dem zweifellos die Zukunft gehört, ist eine schnelle und alle Teile befriedigende Lösung dringend zu wünschen.

Die deutsche Luftfahrt leidet unter den drückenden Begriffsbestimmungen der Entente. Zahlreiche Qualitätsarbeiter der Flugzeugindustrie wurden bereits wegen Arbeitsmangels entlassen und haben bisher vergeblich versucht, in anderen Berufen unterzukommen. Eine Einstellung des Flugverkehrs bedroht auch den Rest der hier Tätigen mit Arbeitslosigkeit. Erst ein vernünftig ausgehender internationaler Flugverkehr, der die Ueberfliegung weiter Strecken mit modernsten, allen technischen Anforderungen entsprechenden Flugzeugen gestattet, wird den Flugverkehr so wirtschaftlich gestalten, daß auch die Allgemeinheit hiervon erheblichen Nutzen zu ziehen vermag.

Ein Zeppelin-Kreuzer in Frankreich zerstört.

Aus Toulon kommt die Meldung, daß dort der von Deutschland abgelieferte Luftkreuzer „Z IV“ beim Landen zerstört worden ist, daß aber die gebrauchte starke Besatzung gerettet werden konnte. Allem Anschein nach handelt es sich bei dem in Toulon, also dem französischen Kriegesbalen, zerstörten Zeppelin-Kreuzer um den der Marine gehörigen „L. Z. 113“ oder „L. Z. 72“.

China-Deutsche, die aus der Vorkriegszeit Guthaben bei britischen Staatsangehörigen oder ihnen gegenüber schulden haben, werden von einem Abkommen betroffen, das zwischen der deutschen und der britischen Regierung geschlossen ist. Das Abkommen wird im Wortlaut in den Blättern der Interessenten veröffentlicht.

Bad Elster ab 1. Mai Sommer-Betrieb

